

Arbeiter-Zeitung

Die Arbeit mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. Preis: 48 Pf. + 12 Pf. Botenlohn = 60 Pf., monatlich 1,80 Pf., Botenlohn = 2,00 Pf., Einzelnummer 10 Pf. Durchgehender monatlich 2,60 Pf., unter Streikband 3 Pf. Preis: Die gebundene Mitteilergabe über deren Besetzung und Veranlassung 6 Pf., Kellner- und Bediensteten Mitteilergabe über deren Namen im Text 10 Pf. Die Besetzung der Hauptredaktion um den 1. Januar am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von **Bernhard Schottländer** (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Kreuzer Straße 50, Telefon 400 80, Schlesien:
Breslau 64, Reibkottel Breslau 10, Kreuzer Straße 50, Telefon 439 02. Geschäftszeit der Redaktion von 12-13 Uhr, Montag bis Freitag, von 17-18 Uhr. Beilagezeitung: „Der Rote Stern“, Breslau 23 84. Geschäftszeit von 9-10 Uhr. Geschäftsstand: Hauptverlag Breslau, Beilage: Schlesische Verlagsgesellschaft m. B. O., Breslau. — Druck: „Bismarck“, Breslau, Kreuzer Straße 50.

„Linken“ Kranold-Rulis verherrlichen die neue Diktaturverordnung

Ist mit der Reichswehr? — Stegerwald diktiert sofortigen Lohnabbau und hebt Tarif auf

Sich die übrigen SPD-Blätter im Reich damit befassen, die Artikel über die Diktatur-Verordnung den Arbeitern, daß angeblich „gewaltige Verbesserungen“ enthalten seien sollen, bringt es die „Vollmacht“ in sich, in dreifachfacher Balkenform diese erlogenen Verheißungen. Fast triumphierend heißt es in diesem Artikel als Hauptüberschrift: „Endlich Erleichterung der Diktaturverordnung“, und dann werden in weiteren Absätzen die einzelnen „Vorteile“ dieser Diktaturverordnung in der Wirklichkeit damit ausbleibt, das sind unsere Artikel auf der zweiten Seite unseres Blattes dargestellt. Es bringen es fertig, am Schluß dieser Verherrlichung zu schreiben: — denn etwas anderes stellt die Verordnung nicht dar als die Verherrlichung der alten Diktaturverordnung, diese Erleichterungen der Verheißungen der Arbeiter von den Seiten der Sozialdemokratie und ihrer Führer, aber sachlichen und ruhigen Politik.“

die „entschiedene, aber sachliche und ruhige Politik“, von der die „Vollmacht“ oben spricht, kritisch beleuchtet, und der „Linke“ Ziegler feststellte, daß diese Verordnung „die katastrophalen Zustände ins Ungeheure steigern muß“. Es wurden noch schärfere Formulierungen, vor allem auch in Form von Beschlüssen von den erwachenden Arbeitern gemacht. Wir werden das morgen in besonderen Berichten über die Verammlung nachweisen. Aber den obenstehenden Satz Zieglers wagte die „Vollmacht“ nicht zu unterschlagen. Sie gibt ihn wieder in derselben Nummer, in der sie auf der ersten Seite die Verordnung als das Werk der „ruhigen Politik“ der SPD. feiert.

dafür ein, daß der Hunger der Massen mit Vollzeitzug und Gummiknüppel gestillt wird. Die sozialdemokratischen Arbeiter und die proletarischen Leser dieses für den Diktaturterror eintretenden Blattes sollten doch endlich erkennen, daß sie sich von der SPD. und ihrer Presse trennen müssen, wollen sie nicht weiter die Schuld auf sich nehmen, den Veräthern Hilfsdienste geleistet zu haben. Werbet Mitglieder der SPD. und Leser der „Neuen Zeitung“!

Heute Zusammentritt des Reichstags Die SPD. für die Fortsetzung des Verrats vom 18. Oktober

Berlin, 3. Dezember. Heute tritt der Reichstag zusammen, um die neue Diktaturverordnung Hindenburgs zu sanktionieren. Über die Lage, wie sie im Augenblick für den schwarzen Fackelzug aussieht, wird berichtet: Der Kanzler kann auf die Stimmen des Zentrums, der Bayerischen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei, der Christlich-Sozialen Volkspartei, der Sozialdemokratischen Partei, der Nationaldemokratischen Partei und der Nationalsozialisten zählen. Die Nationalsozialisten blühte er sicher sein, denn im „Jugenddeutschen“ wird dem Kabinett heute ausdrücklich zugestanden, daß mit der Verkündung der Finanzgesetze mit Hilfe des Artikels 48 in der jetzigen Lage der einzig mögliche Schritt getan werde. Rechnet man die Stimmen der Wirtschaftspartei der Opposition zu, so kommt für die Regierung ein Plus von 10 bis 20 Stimmen heraus.

Was ist mit der Reichswehr?

Die Reichswehr hat heute folgende Interaktion: Die Reichsregierung folgendes bekannt: In einer Versammlung der Sozialdemokratie in Guntersblommendorf wurde die Reichswehr, wobei sie mit ihren Waffen vorgingen. Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde die Reichswehr in voller Uniform auf der Wahlen in Bremen wurde ein Arbeiter durch einen Verstoß verletzt. Es stellte sich heraus, daß auf höheren Befehl Soldaten in Zivil bei einer angeblichen Wahlhandlung in der Nähe der Reichswehrtasche die Bevölkerung vorbereitete sich immer mehr das Gerücht, die Reichswehr bereits in Alarmbereitschaft steht und es nur eine Frage der Zeit ist, bis die vollziehende Gewalt in die Hände der Reichswehr übergeht.

begegnet werden kann. Deshalb gilt es, die Arbeiter davon zu überzeugen, daß sie sich um die SPD. sammeln müssen, um unter ihrer Führung die Offensive gegen den Hunger aufzunehmen.

„Vollmacht“ begrüßt Versammlungsverbot

Hindenburg. Wir teilten gestern bereits mit, daß der Regierungspräsident Dulaschel ein Demonstrationsverbot für ganz Oberschlesien erlassen habe, in dem er ankündigt, daß gegen Versuche, das Verbot zu durchbrechen, mit allen zur Verfügung stehenden polizeilichen Mitteln vorgegangen wird. Das sozialdemokratische „Vollmacht“ begrüßt in seiner Kommentierung das Demonstrationsverbot, was uns gar nicht wundert, weil ja die SPD. sich durch ihre Stellungnahme zur Verordnung von Brüning für die Hungerdiktatur ausgesprochen hat. Das „Vollmacht“ tritt somit

Nach der Verherrlichung der neuen Verordnung durch die SPD-Presse kommt diese Meldung nicht überraschend. Es gibt eben für die SPD. kein Zurück mehr. Sie muß zwangsläufig ihren Verrat fortsetzen bis zu dem Punkt, wo ihn der Sturm der Arbeiterklasse beenden wird. Auch die „Linken“ werden aller Voraussicht nach wiederum dem Verrat mitmachen, das hat die Stellungnahme der „Linken“ SPD-Blätter zum Fall Walter Müller und der Auflösung der jungsozialistischen Gruppen durch den Parteivorstand gezeigt.

Deshalb gilt es jetzt, die Arbeit in der Partei zur allerhöchsten Aktivität zu steigern. Die Nazis liegen auf der Lauer, um diese Situation für ihren Terror auszunutzen. Sie wollen heute in Berlin, ähnlich wie am 18. Oktober, Armasse inszenieren, um über die Straße hinwegzutäuschen, die ihnen Brünning für die allernächste Zeit zugedacht hat. Deshalb ist es um so notwendiger, in höchster Alarmbereitschaft zu bleiben. Unsere Antwort muß sein: Alles zur Entfesselung des Massensturms ausbleiben, der dem Faschismus den Garau macht.

Lohnabbau durch Stegerwald

3. Dezember. Der Reichsarbeitsminister hat die Möglichkeit des für gewerbliche Arbeitnehmer im Kartoffelhandel Tarifvertrages außer Kraft gesetzt. In der Tat ist es: „Die erhebliche Spanne zwischen Erzeugerpreis und Preis für Kartoffeln ist zweifelslos durch die Lohnsenkung verursacht. Es kann nicht mehr vertreten werden, diese Spanne des staatlichen Zwanges der Allgemeinverbindlichkeit Berufskreis zuzulassen und so einer kleinen Gruppe von Arbeitnehmern zu sichern, die eine Sonderbehandlung und auf Kosten der übrigen Arbeitnehmerschaft

Wollen Hakenkreuzler putzen? 150 bewaffnete Nazis verhaftet

Breslau, 3. Dezember 1930. In der Nacht zum 3. Dezember 1930 wurden in Jeschlowitz, Landkreis Breslau, etwa 150 Mitglieder der nationalsozialistischen Sturmabteilung, darunter auch Sanitäter, Uniformierte, selbstmännlich ausgerüstet und bewaffnet festgesetzt. Sie waren im Schloß des Gutshofes des Rittergutsbesitzers von Delfen untergebracht, wo die Unterkunft in Ställen vorbereitet war. Ein noch in der Nacht hinzugezogenes Schutzpolizeikommando stellte eine Menge Waffen, darunter schwarze Karabiner, Pistolen, Handgranaten, Munition und Hiebwerkzeuge aller Art fest. Eine zahlreichere Festsetzung war bisher nicht möglich, da die noch in der Nacht weiter angestellten Ermittlungen noch fortbauern.

den Augenblick herbei, die Arbeiterschaft niederzuschlagen. Zeigen wir ihnen, daß wir bereit sind, diesen Vernichtungsschlag zu parieren.

Massenkundgebung gegen Faschismus und nationale Verbeugung

Gleiwitz. Am Montag rief die kommunistische Partei die Arbeiter von Gleiwitz zu einer Kundgebung gegen Faschisten und Nationalisten zusammen. Vom Sammelplatz am Germaniapark bewegte sich unter Vorantritt der Gleiwitzer Schalmeyerkapelle ein in die Tausende gehender Demonstrationzug. Am Ring, wo die Kundgebung stattfand, sammelten sich an die 5000 Arbeiter. Genosse Jabsch hielt das Referat, in welchem er die Diktaturbestrebungen der Brüning-Regierung geißelte und die Arbeiter aufrief, im Kampf gegen die Massenveränderung, gegen neue Steuern und Zölle anzuharren. Die Millionenarmee der Erwerbslosen muß mit den Betriebsarbeitern gemeinsam Schulter an Schulter um die Sicherung ihrer Lebenslage kämpfen. Gegen die nationalsozialistische Verbeugung und zur Niederwerfung des Faschismus müssen sich die ober-schlesischen Arbeiter im Kampfband gegen den Faschismus organisieren. Gemeinsam mit der kommunistischen Partei müssen die Arbeiter den Kampf gegen den politischen Terror gegen den deutschen faschistischen Terror aufnehmen. Bedeutende Paraden begleiteten die Ausführungen des Referats. Sodann formierten sich die Tausende von Arbeitern zu einem Demonstrationzug, der unter „Nieder“-Rufen auf den Reichstag durch die Straßen von Gleiwitz zog.

Neuer Kampf führt zum Erfolg

Wahregelung von Betriebsratsmitgliedern
2. Dezember. Am Sonnabend wurden auf dem Hof von den dort beschäftigten Pflichtarbeitern des Betriebsrats entlassen. Darauf traten am 100 Mann der Belegschaft in den Streik. Sie schlossen vor das Rathaus, wo eine Abordnung, Stadiverordneter der SPD., beim Magistrat gegen die Entlassungen rügend. Nach Stundenlangen Verhandlungen wurden die Entlassungen rückgängig gemacht und der Streik mit 50 Prozent erkrankt. Nur fünf waren vorhanden, darunter ein Reichsbannerführer. Erfolgreiche Ausgang geschlossenen Vorgehens zeigt, auch heute noch mit Erfolg der Hungeroffensive

Die vorläufig festgenommenen Nationalsozialisten wurden in den frühen Morgenstunden durch Lastkraftwagen der Schutzpolizei dem Polizeipräsidium zugeführt, wo die weiteren Vernehmungen stattfanden. Die Festgenommenen werden noch heute dem Gericht zugeführt.

Diese Massenverhaftung von bewaffneten Nazibanditen stellt eine wirksame Ergänzung der Nazi-Putschpläne aus Berlin dar, über die wir an anderer Stelle berichteten. Sie unterkreuzt die ungeheure Gefahr, die für das Proletariat heraufzieht, wenn sie auch nur einen Augenblick den ganzen Ernst der gegenwärtigen politischen Situation aus dem Auge läßt. Noch inattem nicht Maschinenengewehr, aber die „Ruhe“, die noch vorhanden ist, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß es die Ruhe vor dem Sturm ist. Selbst und Nazibanden werden

Arbeiter-Zeitung

Mittwoch, 3. Dezember 1930
12. Jahrgang, Nummer 282

erschint täglich mit Ausnahme des Sonn- und Festtags. Bezugspreis: wöchentlich 48 Pf., + 12 Pf. Botenlohn = 60 Pf., monatlich 2,10 Mk. + 60 Pf. Botenlohn = 2,70 Mk., Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,80 Mk., unter Einverständnis 3 Mk. Einzelgenusspreis: Die gebundene Mitteilungsbeilage über deren Raum 12 Pf., Vereins- und Versammlungsbeilage 6 Pf., Restliche Preis: Die gebundene Mitteilungsbeilage über deren Raum im Wert 10 Pf. — Schluss der Inseratannahme in der Hauptredaktion um 5 Uhr; in den Filialen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der rote Stern“
Begründet von **Bernhard Schottländer** (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Teichstr. 50, Tel. 1500
Breslau 444, Reibstockstr. 10, Teichstr. 50, Tel. 1500
Leibnizstr. 49, 02. Ausgabezeit der Beilage von 18-19 Uhr.
Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. Filialredaktion:
Görlitz, Rühlstr. 6, Teichstr. 23, 04. Geschäftszeit von 8-19 Uhr.
Verlagshaus: Hauptverlagsort Breslau. Besatz: Schlesische Verlags-
gesellschaft m. B. G., Breslau. — Druck: „Barbar“, Filiale Breslau,
Teichstr. 50.

Die „linken“ Kranold-Rulis verherrlichen die neue Diktaturverordnung

Was ist mit der Reichswehr? — Stegerwald diktiert sofortigen Lohnabbau und hebt Tarif auf

Während sich die übrigen SPD-Blätter im Reich damit begnügen, in ihren Artikeln über die Diktatur-Verordnung den Arbeitern einzureden, daß angeblich „gewaltige Verbesserungen“ darin enthalten sein sollen, bringt es die „Volksmacht“ in Breslau fertig, in dreispaltigen Wallen jenen diese erlogenen Verbesserungen anzukündigen. Fast tralampierend heißt es in diesem „linken“ Blatt als Hauptüberschrift: „Endlich Erleichterung der alten Notverordnung“, und dann werden in weiteren Wallen jenen die einzelnen „Vorteile“ dieser Diktaturverordnung verherrlicht. Wie es in Wirklichkeit damit aussieht, das finden unsere Leser ausführlich auf der zweiten Seite unseres Blattes dargestellt.

Diese Rulis bringen es fertig, am Schluß dieser Verherrlichung des Faschismus — denn etwas anderes stellt die Notverordnung nicht dar — in Fettdruck zu schreiben:

„Diese sühnbaren Verbesserungen der alten Notverordnung durch die neue, diese Erleichterungen der Armen von unerträglichen Lasten ist das Werk der Sozialdemokratie und ihrer entschiedenen, aber sachlichen und ruhigen Politik.“

Demgegenüber genügt es, daran zu erinnern, daß dieser plumpe Betrugsversuch unternommen wird noch unter dem Eindruck jener Stürme, die am Abend vorher in der Mitgliederversammlung der SPD tobten. In dieser Versammlung war die Notverordnung bereits bekannt, und doch raste die Empörung, wenn die Diktaturverordnung

die „entschiedene, aber sachliche und ruhige Politik“, von der die „Volksmacht“ oben spricht, kritisch beleuchteten, und der „linke“ Ziegler feststellte, daß diese Notverordnung

„die katastrophalen Zustände ins Ungeheure steigern muß“.

Es wurden noch schärfere Formulierungen, vor allem auch in Zwischenrufen von den erwachenden Arbeitern gemacht. Wir werden das morgen in besonderen Berichten über die Versammlung nachweisen. Wer den obenstehenden Satz Zieglers wagte die „Volksmacht“ nicht zu unterschlagen. Sie gibt ihn wieder in derselben Nummer, in der sie auf der ersten Seite die Notverordnung als das Werk der „ruhigen Politik“ der SPD feiert.

Der Zweck dieses verlogenen Doppelspiels ist in der gegenwärtigen Situation nur zu durchsichtig. Es ist der letzte verzweifelte Versuch, die Sturmgeister zu bannen, die überall sichtbar werden. Über dieses Bemühen wird vergeblich sein. So wie bisher wird es weiter gehen. Zug um Zug wird die Katastrophe sich zuspitzen und nur zu bald werden die Kranold, Gäßlein und Konforten erfahren müssen, daß sich auch die sozialdemokratischen Arbeiter an Stelle der „ruhigen sachlichen Politik“ ihrer Führer für den schärfsten proletarischen Kampf entscheiden werden, weil jene „ruhige Politik“ sie dem Hungertode genau so überantwortet wie die kommunistischen Arbeiter.

daß für ein, daß der Hunger der Massen mit Volksekel und Gummiknüppel gestillt wird. Die sozialdemokratischen Arbeiter und die proletarischen Leser dieses für den Volksekel erntenden Blattes sollten doch endlich erkennen, daß sie sich von der SPD und ihrer Presse trennen müssen, wollen sie nicht weiter die Schuld auf sich nehmen, den Verrätern Hilfsdienste geleistet zu haben. Werbet Mitglieder der SPD und Leser der „Neuen Zeitung“!

Heute Zusammenritt des Reichstags Die SPD. für die Fortsetzung Des Verrats vom 18. Oktober

Berlin, 3. Dezember. Heute tritt der Reichstag zusammen, um die neue Diktaturverordnung Hindenburgs zu sanktionieren. Ueber die Lage, wie sie im Augenblick für den schwarzen Faschisten Arminius aussieht, wird berichtet:

Der Kanzler kann auf die Stimmen des Zentrums, der Bayerischen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei, der Christlich-Sozialen Volkspartei, der Nationaldemokratischen Partei, der Nationalsozialisten nicht rechnen. Nach dem Kabinett heute ausdrücklich zugesprochen, daß mit der Verkündung der Finanzgesetze mit Hilfe des Artikels 48 in der jetzigen Lage der einzig mögliche Schritt getan werde. Rechnet man die Stimmen der Wirtschaftspartei der Opposition zu, so kommt für die Regierung ein Plus von 10 bis 20 Stimmen heraus.

Nach der Verherrlichung der neuen Verordnung durch die SPD-Presse kommt diese Meldung nicht überraschend. Es gibt eben für die SPD kein Zurück mehr. Sie muß zwangsläufig ihren Verrat fortsetzen bis zu dem Punkt, wo ihn der Sturm der Arbeiterklasse beenden wird. Auch die „Linken“ werden aller Voraussicht nach wiederum dem Verrat mitmachen, das hat die Stellungnahme der „linken“ SPD-Blätter zum Fall Walter Müller und der Auflösung der jungsozialistischen Gruppen durch den Parteivorstand gezeigt.

Deshalb gilt es jetzt, die Arbeit in der Partei zur allerhöchsten Aktivität zu steigern. Die Nazis liegen auf der Lauer, um diese Situation für ihren Terror auszunutzen. Sie wollen heute in Berlin, ähnlich wie am 18. Oktober, Krawalle inszenieren, um über die Rolle hinwegzutäuschen, die ihnen Brünning für die allernächste Zeit zugesagt hat. Deshalb ist es um so notwendiger, in höchster Klarheit bereit zu bleiben. Unsere Antwort muß sein: Alles zur Entfesselung des Massensturms ausbieten, der dem Faschismus den Garaus macht.

Was ist mit der Reichswehr?

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat heute folgendes Interpellation eingebracht:

Ist der Reichsregierung folgendes bekannt:

1. Anlaßlich einer Versammlung der Sozialdemokratie in GutsMuths Uniformierte Hitler-Leute die Versammelten, wobei sie mit Schuß- und Stichwaffen vorgehen. Im weiteren Verlauf der Zusammenkunft erschien bewaffnete Reichswehr in voller Uniform und löste die Versammlung auf.

2. Anlaßlich der Wahlen in Bremen wurde ein Arbeiter durch einen Schuß schwer verletzt. Es stellte sich heraus, daß auf höheren Befehl Reichswehrsoldaten in Zivil bei einer angeblichen Kontrolle der Wahlhandlung in der Nähe der Reichswehrkaserne die Täter waren.

3. In der Bevölkerung verbreitet sich immer mehr das Gerücht, daß die Reichswehr bereits in Alarmbereitschaft steht und es nur noch eine Frage kürzester Zeit ist, bis die vollziehende Gewalt an die Reichswehr übergeht.

Ist die Reichsregierung bereit, auf diese Fragen eine befriedigende Auskunft zu erteilen?

begegnet werden kann. Deshalb gilt es, die Arbeiter davon zu überzeugen, daß sie sich um die NSD. sammeln müssen, um unter ihrer Führung die Offensive gegen den Hunger aufzunehmen.

„Volksblatt“ begrüßt Versammlungsverbot

Hindenburg. Wir teilten gestern bereits mit, daß der Regierungspräsident Lulka sich ein Demonstrationsverbot für ganz Oberschlesien erlassen habe, in dem er ankündigt, daß gegen Versuche, das Verbot zu durchbrechen, mit allen zur Verfügung stehenden polizeilichen Mitteln vorgegangen wird. Das sozialdemokratische „Volksblatt“ begrüßt in seiner Kommentierung das Demonstrationsverbot, was uns gar nicht wundert, weil ja die SPD. sich durch ihre Stellungnahme zur Notverordnung von Brüning für die Hungerdiktatur ausgesprochen hat. Das „Volksblatt“ tritt somit

Zwangswiseer Lohnabbau durch Stegerwald

Berlin, 3. Dezember. Der Reichsarbeitsminister hat die Allgemeinverbindlichkeit des für gewerbliche Arbeitnehmer im Kartoffelgroßhandel geltenden Tarifvertrages außer Kraft gesetzt. In der Begründung heißt es: „Die erhebliche Spanne zwischen Erzeugerpreis und Kleinhandelspreis für Kartoffeln ist zweifellos durch die Lohnkosten mit verursacht. Es kann nicht mehr vertreten werden, diese Löhne im Wege des staatlichen Zwanges der Allgemeinverbindlichkeit für den ganzen Berufsstand festzulegen und so einer kleinen Gruppe von Arbeitnehmern Arbeitsbedingungen zu sichern, die eine Sonderstellung gegenüber und auf Kosten der übrigen Arbeitnehmerschaft bedeuten.“

Geschlossener Kampf führt zum Erfolg

Abwehr der Maßregelung von Betriebsratsmitgliedern
Gleiwitz, 2. Dezember. Am Sonnabend wurden auf dem Stadtgut Neuhof von den dort beschäftigten Wäldarbeitern zwei Mitglieder des Betriebsrats entlassen. Darauf traten am Montag über 100 Mann der Belegschaft in den Streik. Sie marschierten geschlossen vor das Rathaus, wo eine Abordnung, darunter ein Stadtverordneter der SPD., beim Magistrat gegen diese Maßregelung Protest erhob. Nach stundenlangen Verhandlungen wurden die Entlassungen rückgängig gemacht und der einstündige Lohnausfall mit 50 Prozent erstattet. Fünf fünf Streikbrecher waren vorhanden, darunter ein Reichsbannermann.

Dieser erfolgreiche Ausgang geschlossenen Vorgehens zeigt, daß sehr wohl auch heute noch mit Erfolg der Hungeroffensive

Wollen Hakenkreuzler putschen?

150 bewaffnete Nazis verhaftet

Breslau, 3. Dezember 1930. In der Nacht zum 3. Dezember 1930 wurden in Jeschowitz, Landkreis Breslau, etwa 150 Mitglieder der nationalsozialistischen Sturmabteilung, darunter auch Sanitäter, Uniformierte, selbstmariätsmäßig ausgerüstet und bewaffnet festgestellt. Sie waren im Schloß des Gutshofes des Rittergutsbesitzers von Delfsen untergebracht, wo die Unterkunft in Ställen vorbereitet war. Ein noch in der Nacht hinzugezogenes Schutzpolizeikommando stellte eine Menge Waffen, darunter scharfgeladene Karabine, Pistolen, Handgranaten, Munition und Stielwaffen aller Art fest. Eine zahlenmäßige Feststellung war bisher nicht möglich, da die noch in der Nacht weiter angestellten Ermittlungen noch fortdauern.

Die vorläufig festgenommenen Nationalsozialisten wurden in den frühen Morgenstunden durch Lastkraftwagen der Schutzpolizei dem Polizeipräsidium angeführt, wo die weiteren Vernehmungen stattfinden. Die Festgenommenen werden noch heute dem Gericht anvertraut.

Diese Massenverhaftung von bewaffneten Nazibanditen stellt eine wirksame Ergänzung der Nazi-Ausschöpfung aus Berlin dar, über die wir an anderer Stelle berichteten. Sie unterkreuzt die ungeheure Gefahr, die für das Proletariat droht, wenn sie auch nur einen Augenblick den ganzen Ernst der gegenwärtigen politischen Situation aus dem Auge läßt. Noch wichtiger ist die Tatsache, daß die „Nazis“, die noch vorhanden ist, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß es die Ruhe vor dem Sturm ist. Geduld und Nachsicht können

den Augenblick herbei, die Arbeiterschaft niederzuschlagen. Zeigen wir ihnen, daß wir bereit sind, diesen Vernichtungsschlag zu parieren-

Massenkundgebung gegen Faschismus und nationale Verbeugung

Gleiwitz. Am Montag rief die kommunistische Partei die Arbeiter von Gleiwitz zu einer Kundgebung gegen Faschisten und Nationalisten zusammen. Vom Sammelplatz am Germaniaplatz bewegte sich unter Borantritt der Gleiwitzer Schmalcekapelle ein in die Tausende gehender Demonstrationzug. Am Ring, wo die Kundgebung stattfand, sammelten sich an die 5000 Arbeiter.

Genosse Jada sch hielt das Referat, in welchem er die Diktaturbestrebungen der Brüning-Regierung gelobt und die Arbeiter auf-forderte, im Kampf gegen die Massenandränderung, gegen neue Steuern und Zölle auszuharren. Die Millionenarmee der Erwerbslosen muß mit den Betriebsarbeitern gemeinsamen Schulters an Schulters um die Sicherung ihres Lebenslage kämpfen. Gegen die nationalsozialistische Verbeugung und zur Niederhaltung des Faschismus müssen sich die ober-schlesischen Arbeiter im Kampfbund gegen den Faschismus organisieren. Gemeinsam mit der kommunistischen Partei müssen die Arbeiter den Kampf gegen den polizeilichen und auch gegen den deutschen faschistischen Terror aufnehmen. — Besondere Zarut begleiteten die Ausführungen des Referats.

Sodann formierten sich die Tausende von Arbeitern zu einem Demonstrationzug, der unter „Nieder-Rufen auf den Faschismus“ durch die Straßen von Gleiwitz zog.

Die Hunger- und Notverordnung

Was ist's mit den „Verbesserungen“?

Die Veränderungen, die an der alten Notverordnung vorgenommen werden, sind geringfügiger Natur. Sie berühren das Wesentliche nicht... das geht allein schon aus dieser Tatsache ganz klar und eindeutig hervor, daß die Regierung alle Änderungsversuche abgelehnt und abgewiesen hat, und daß sie an ihrem Plan und seinen einzelnen Teilen festhält.

„Germ ania“, 1. Dezember, das Blatt Brünings.

Die neue Notverordnung, die am 1. Dezember vom Reichspräsidenten unterzeichnet wurde, enthält zu gleicher Zeit in ihrem zweiten Teil eine Abänderung der Notverordnung vom 26. Juli 1930. Diese Tatsache benutzten die SPD-Führer, um die Änderungen der alten Notverordnung als „gewaltige Verbesserungen“ hinzustellen. Die SPD-Führer wollten sich damit den Weg zur Zustimmung zur neuen Notverordnung freimachen. Wenn jetzt behauptet wird, daß es sich um weitgehende Erleichterungen hinsichtlich der Kranken- und Arbeitslosenversicherung handelt, so ist das ein bewußtes Täuschungsmanöver.

In der Arbeitslosenversicherung handelt es sich um drei Abänderungen, und zwar erstens um die Verlängerung der Versicherungsfreiheit bei den Jugendlichen vom 17. auf das 18. Lebensjahr. Da für diese Jugendlichen eine 52-wöchige Anwartschaftsfrist notwendig ist, wenn sie in den Genuß der Arbeitslosenunterstützung kommen wollen, so haben sie in jedem Falle das 17. Lebensjahr überschritten, ehe sie Arbeitslosenunterstützung beziehen können.

Die zweite angebliche Verbesserung betrifft die Ausdehnung des Zeitraumes für den Nachweis der anwartschaftspflichtigen Beschäftigung von 1½ auf 2 Jahre. Der neue § 105a lehnt ab, die nicht innerhalb der letzten 18 Monate eine 52-wöchentliche Anwartschaftsfrist nachweisen konnten, fast auf die Höhe der Kriegsunterstützung herab. Da infolge der ganzen wirtschaftlichen Entwicklung die Möglichkeit einer lang andauernden Beschäftigung immer mehr beschnitten wird, führt diese Bestimmung dazu, daß ein immer enger werdender Kreis von Arbeitslosen in den Genuß der Hauptunterstützungsfälle kommt. Die in die neue Notverordnung aufgenommene Abschwächung stellt eine ernsthafte Verbesserung für die Arbeitslosen nicht dar.

Die dritte Veränderung bedeutet eine Selbstverständlichkeit, denn die bestimmt, daß auch in solchen Fällen, wo der Unternehmender die Beiträge der Versicherten nicht ordnungsgemäß abgeführt hat, der Versicherte Unterstützung in voller Höhe zu beanspruchen hat. Auch hier kann es sich nur um verschwindende Einzelfälle handeln, und von einer grundsätzlichen Verbesserung der Notverordnung kann keine Rede sein.

Bestehen bleiben aber in der Arbeitslosenversicherung alle jene Bestimmungen der Notverordnung, die eine Verlängerung der Wartezeit, eine Verlängerung der Sperrfristen, eine Kürzung des gesetzlichen Unterstützungsanspruches, Ausnahmegehalte gegen die werktätigen Frauen, Beibehaltung der Anrechnung der Renten, Verschlechterung des Spruchverfahrens für die Versicherten gebracht haben. In diesen Bestimmungen hat die Brüning-Regierung nichts geändert, und es kann also, entgegen dem, was die SPD behauptet, von einer wesentlichen Verbesserung keine Rede sein.

Gehau so liegt es mit den neuen Bestimmungen in der Krankenversicherung. Die Arznei- und Krankengeldgebühren bleiben grundsätzlich bestehen. Ihre Erhebung erfolgt auch in der Zukunft. Nur sollen einzelne Ausnahmefälle, so bei Arbeitslosen, in der Kriegsunterstützung und Wohlfahrtsfürsorge Befindlichen, bei Renten- oder Ruhelohnbesitzern, bei Schwerekriegsbeschädigten, sowie bei Tuberkulösen und Geschlechtskranken jüngerlassen werden. Natürlich hat sich die Krankengeld- und Arzneigebühren besonders bei den vorgenannten Schichten geradezu katastrophal ausgewirkt, und es war eine Infamie, von den Vermitteln der Armen diese Sonderabgaben zu fordern. Aber auch diejenigen, die noch im Betriebe stehen, die unter den ständigen Versuchen, den Lohn herabzusetzen, leiden, deren Einkommen von Monat zu Monat beschrankt wird, die Kurzarbeiter, für die alle bedeutet die Krankengeld- und Arzneigebühren eine unerträgliche Last. Trotzdem wird diese schändliche Gebühr weiter erhoben und die SPD wird gegen die Anträge der KPD, die volle Aufhebung dieser Gebühr fordert, stimmen, und wird auch der neuen Notverordnung zustimmen.

Eine weitere Bestimmung bringt die Abschwächung der Verschlechterungen bei Lohn- und Gehaltsempfängern, die neben ihrem Krankengeld ihr Gehalt oder ihren Lohn weiter beziehen. Hier kann der Beitrag zur Krankenversicherung gesenkt, bzw. das Krankengeld erhöht werden. Außerdem soll als Sicherheitsmaßnahme gegenüber den Unternehmern eine Verringerung der Bestimmungen des Handelsgesetzbuches, der Gewerbeordnung und des bürgerlichen Gesetzbuches erfolgen, daß ein Verzicht auf Gehalt oder Lohn durch den Vertrag nicht erfolgen darf. Auch in der Frage des Hausgeldes, welches auf 50 Prozent des Krankengeldes festgelegt worden war, wird den Krankentassen das Recht eingeräumt, so weit unterstützungsberechtigte Familienangehörige vorhanden sind, Zuschläge bis zur Höhe des jahungsmäßigen Krankengeldes zu gewähren.

Es gehört schon eine mächtige Portion von Demagogie dazu, um aus diesen sehr geringfügigen Verbesserungen, wenn man die gesamte Notverordnung in diesen Teilen berücksichtigt, einen „Fortschritt“ zu konstruieren.

Gleichzeitig bringt die neue Notverordnung — und die SPD verschweigt das natürlich schamhaft — neue ungeschwehene Verbesserungen. Der Paragraph 105a, der die 52-wöchentliche Anwartschaftsfrist fordert, sollte nach der alten Notverordnung vom 31. März 1931 außer Kraft treten. Diese Bestimmung der alten Notverordnung wird durch die neue aufgehoben und somit der Unterstufungsurlaub verweigert. Daselbst trifft auch auf den Paragraphen 107a, der die berufliche Arbeitslosigkeit regelte, und der durch die Willkürliche Novelle 1929 in das Gesetz eingebaut worden ist, zu. Auch dieser Paragraph sollte nach Artikel 5 des Gesetzes vom 12. Oktober 1929 außer Kraft gesetzt werden. Die Notverordnung vom 1. Dezember hebt auch diese Bestimmung auf und damit werden die beruflich Arbeitslosen auch für die Zukunft um ihren rechtsmäßigen Anspruch auf die Unterstützung geprellt.

Der Hungerkanzler Brüning führt auch jetzt seine bewährte Taktik durch, indem er scheinbar Erleichterungen gibt, dafür aber auf der anderen Seite neue ungeheuerliche Verschlechterungen in das Gesetz einbaut. Die Sozialdemokratie, die die sogenannten Erleichterungen in der Presse aufbauscht, unterstützt diese Taktik, indem die Arbeiterschaft durch ihr demagogisches Spiel und Übermut somit die Verantwortung für den neuerlichen Ruin, den Brüning gegenüber den Arbeitslosen und Krankenversicherungen durchführt. Die Sozialdemokratie ist zur

Was ist mit der Reichswehr?

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat heute folgende Interpellation eingebracht:

Ist der Reichsregierung folgendes bekannt:

1. Anlässlich einer Versammlung der Sozialdemokratie in Göttingen überfielen uniformierte Hitler-Leute die Versammlung, wobei sie mit Schuss- und Stichwaffen vorgingen. Im weiteren Verlauf der Zusammenkunft erschienen bewaffnete Reichswehr in voller Uniform und übte die Versammlung auf.
2. Anlässlich der Wahlen in Bremen wurde ein Arbeiter durch einen Schuss schwer verletzt. Es stellte sich

heraus, daß auf höheren Befehl Reichswehrsoldaten in Zivil bei einer angeblichen Kontrolle der Wahlhandlung in der Nähe der Reichswehrtasche die Täter waren.

3. In der Bevölkerung verbreitet sich immer mehr das Gerücht, daß die Reichswehr bereits in Alarmbereitschaft steht und es nur noch eine Frage kürzester Zeit ist, bis die vollziehende Gewalt an die Reichswehr übergeht.

Ist die Reichsregierung bereit, auf diese Fragen eine befriedigende Auskunft zu erteilen?

Revolutionäre Bauern tagen

Das Europäische Bauernkomitee ruft zur revolutionären Tat

Am Montag begann in Berlin eine bedeutende Tagung des Europäischen Bauernkomitees, an der Komiteemitglieder aus Deutschland, Holland, Frankreich, Irland, Dänemark, Polen, Tschechoslowakei, Oesterreich, Italien, den baltischen Staaten, ferner auch solcher Staaten, wie Ungarn, Jugoslawien und Schottland vertreten sind, die auf dem Europäischen Bauernkongress im Frühjahr noch nicht anwesend waren.

Die Tagung wurde durch die Rede Migloli's, des katholischen Bauernführers Italiens, eröffnet. Er erklärte, die Tagung müsse im Zeichen der Selbstkritik stattfinden. Das Europäische Bauernkomitee ist seit dem 1. Kongress ein reale Kraft geworden. Die historischen Aufgaben stehen jedoch noch in schlechtem Verhältnis zu den erzielten Fortschritten. Seit dem Kongress hat sich die internationale Lage, insbesondere die Lage der werktätigen Bauernschaft, weiter verschlechtert, die Kriegsgefahr insbesondere gegen die Sowjetunion ist gewachsen.

Migloli erhob im Namen der im Europäischen Bauernkomitee vereinigten werktätigen Bauern Europas flammenden Protest gegen die verbrecherische Tätigkeit der „Industriepartei“ und alle anderen Feinde der Sowjetunion und fordert deren rückwärtssteigende Bestrafung. Die Sowjetunion hat die weitgeschichtlich erste und richtige Lösung der Bauern- und Bodenfrage mit sich gebracht. Daher müssen alle werktätigen Bauern den Kampf der Sowjetunion gegen die inneren und äußeren Feinde unterstützen.

Nachdem Gähler (Deutschland) zum Vorsitzenden der Session gewählt worden war, erstattete Kramer (Deutschland) den Organisationsbericht des Europäischen Bauernkomitees, insbesondere über die Berichterstattungskampagne nach dem Berliner Kongress, über Ausbau der Komiteebewegung im nationalen, Bezirks- und Ortsmaßstab in einer Reihe von Ländern, schließ-

lich über die Ergebnisse der durchgeführten Kampagnen gegen die „Grüne Agrarinternationale“ und gegen die bürgerliche Sowjet-„Dumping“-Kampagne, ferner gegen die Kriegesfahr.

Im Mittelpunkt der Sitzung stand der politische Bericht, welcher von Lieburg erstattet wurde. Er stellte fest, daß die jetzige 2. Session des Europäischen Bauernkomitees ein Aufschwung sein muß um Übergang der Bauernkomiteebewegung von der Propaganda zur Tat. In dieser Hinsicht müssen alle angeschlossenen Organisationen und Mitglieder die größtmögliche Aktivität entfalten, um den bereits bestehenden großen Tempoverlust einzuholen.

Der Ausgangspunkt der Mobilisierung der werktätigen Bauern ist der Kampf für ihre täglichen Interessen und Ziele. Bei diesem Kampf müssen alle Formen der Massenbewegung ausgenutzt werden. Dieser Kampf um die Tagesforderungen der werktätigen Bauern unter der Führung der Bauernkomitees muß zu einem politischen Kampf erweitert werden.

Um allen diesen Forderungen entsprechen zu können, müssen zahlreiche Mängel der Komiteebewegung ausgemerzt werden. Die bevorstehenden Aufgaben können jedoch nur mit noch größerer Unterstützung des revolutionären Proletariats durchgeführt werden. Das Wichtigste, was zum erfolgreichen Klassenkampf der werktätigen Bauern notwendig ist, muß jedoch die Bauernkomiteebewegung selbst schaffen. Aktive selbständige Leitung des Kampfes der Bauern zu schaffen, muß im Mittelpunkt der Tätigkeit der Bauernbewegung stehen.

Anschließend erfolgte die Berichterstattung der Vertreter der einzelnen Nationalkomitees, darunter Deutschland, Frankreich, Tschechoslowakei, Oesterreich, Irland, Dänemark. Die Vertreter der Länderdelegationen berichteten selbstkritisch über ihre Tätigkeit, Erfolge und auch über Fehler und Mängel. Besonders hervorzuheben ist die kameradschaftliche Kritik, welche die einzelnen Länderdelegationen gegenseitig geübt haben.

Lohnabbau im Kartoffelhandel

Eine ungeheuerliche Maßnahme des „christlichen“ Reichsarbeitsministers

Der Reichsarbeitsminister hat die allgemeine Verbindlichkeit der für den Kartoffelgroßhandel geltenden Lohnsätze außer Kraft gesetzt. Es soll ein Abbau dieser Löhne erreicht werden.

Diese ungeheuerliche Maßnahme steht einzig in der Praxis des Tarifwesens da. Bei Abschluß eines Tarifvertrages hat bekanntlich der Reichsarbeitsminister das Recht, die Bedingungen des Tarifvertrages als bindend für alle Berufsangehörigen in dem entsprechenden Tarifgebiet zu erklären. Die Unorganisierten werden dann von den Tarifbedingungen erfaßt. Die Aufhebung der Verbindlichkeitserklärung durch den Reichsarbeitsminister widerspricht den bestehenden Bestimmungen und der bisher angewandten Praxis.

Stegerwald hat zugleich einen praktischen Unterricht über die „Preisabbauaktion“ der Brüning-Regierung erteilt. Nunmehr weiß die Arbeiterschaft, was unter „Preisabbau“ zu verstehen ist. „Abbau des Kartoffelpreises“ heißt Senkung der Löhne der Kartoffelarbeiter, ähnliche Maßnahmen werden natürlich auch für die Fleischer, Bäcker und andere Arbeitergruppen folgen. Die paar Pfennige, die hier und da aus agitatorischen Zwecken durch die Brüning-Regierung herabgesetzt werden, sollen nicht auf Kosten der Großhändler und der Kartellgewaltigen, sondern von den Arbeitern aufgebracht werden.

Die Arbeiter im Kartoffelgroßhandel haben eine sehr schwere und schmutzige Arbeit zu verrichten. Der Schlag gegen diese Arbeiter ist ein Skandal sondergleichen. Es wird aber dem Herrn Reichsarbeitsminister und den Kartoffelgroßhändlern nicht leicht fallen, diesen Schlag durchzuführen. Unter der Führung der KPD werden die Arbeiter im Kartoffelgroßhandel sich zur Wehr setzen.

Die Vertreter der Arbeitslosen rufen zum Kampf

Tagung des Reichsausschusses der Erwerbslosen

Berlin, 2. Dezember. Am Sonntag tagte in Berlin der Reichsausschuss der Erwerbslosen mit den Leitern der Bezirksausschüsse. Reichstagsabgeordneter Genosse Fritz Schröter

treuesten Schutzgarde der Brüning-Regierung, die jetzt offen einen faschistischen Kurs steuert, geworden.

Außer der alten Notverordnung erhält die neue Verordnung, die insgesamt 87 Seiten des Reichsgesetzblattes umfaßt, ein Ausgabenbegrenzungs-gesetz, das Gehaltskürzungsgesetz, das Tabaksteuer-gesetz, das Gesetz zur Senkung der Realsteuern der besitzenden Klasse, das Gesetz zur Steuervereinfachung und Steuervereinfachung, eine Steueramnestie für Kapitaalkonten, das Finanzausgleichsgesetz, ein Gesetz zur Schaffung eines Referendums, ein Gesetz zur Keuregelung, d. h. Abbau der Wohnungszwangswirtschaft, schließlich als achten Teil eine ganze Reihe bisher nicht vorgesehene Maßnahmen zugunsten des großagrarischen Profits, das sogenannte Protektions- und neue Zollerhöhungen.

referierte über die Lage und den Kampf der Arbeitslosen, wobei er besonders ausführlich auf das Hungerprogramm der Brüning-Regierung einging. Nach gründlicher Charakterisierung der einzelnen Parteien ging er auf den Stand der Arbeitslosenbewegung ein, wobei er an den Schwächen und Mängeln die notwendige Kritik übte, und forderte zum Schluß auf, im Kampf um die Forderungen der Arbeitslosen alle Kräfte anzuspannen.

Die Vertreter der Bezirke gaben ein erschütterndes Bild von der unbeschreiblichen Not der Arbeitslosen, berichteten über die Zusammenstöße mit den Organen dieses Staates, wenn die Arbeitslosen für ihre Forderungen demonstrieren. Eine Vertreterin der weiblichen Erwerbslosen und ein Vertreter der Angestellten forderten auf, unter diesen Schichten des Proletariats besonders zu arbeiten.

Nach Erledigung einer Reihe von organisatorischen Aufgaben, die Zentralisierung des Betriebs der Erwerbslosenzeitungen, der Aufbau der Erwerbslosen- und Winterhilfskampagne, wurde ein Appell an die Erwerbslosen und Betriebsarbeiter beschlossen, gemeinsam den Kampf um die Forderungen der Arbeitslosen zu führen.

Internationale Solidarität!

Das Internationale Komitee der Bergarbeiter ruft: Unterstützt den englischen Bergarbeiterkampf!

Das Internationale Komitee der Bergarbeiter, die führende Körperschaft der Bergarbeiter in der KGB, fordert in einem Aufruf zur Solidarität mit den kämpfenden englischen Bergarbeitern auf. Die englische, sogenannte Arbeiterregierung hat mehrere Jahre hindurch den Bergarbeitern versprochen, die ihnen 1926 geraubte 7-Stunden-Schicht wiederzugeben. Statt dessen 1929 gerabte sie jetzt vor, daß an je 5 Tagen der Woche mindestens 8½ Stunden unter Tage gearbeitet wird. Die englischen Bergarbeiter haben auf ihrer Konferenz am 29. November einstimmig diesen Vorschlag der Bergarbeiterbürokratie abgelehnt. Trotz dem wird diese Arbeitszeit brutal durchgeführt.

Gegen dieses Vorgehen der Grubenherren und der reformistischen Bürokratie sind fast 100 000 Bergarbeiter Schottlands in den Streik getreten.

Der Aufruf des Internationalen Komitees fordert nunmehr die Bergarbeiter aller Länder, besonders die im Ruhrgebiet auf, ebenfalls den Kampf aufzunehmen und geschlossen, ob organisiert oder unorganisiert, unter Führung des Internationalen Komitees der Bergarbeiter, den Streik vorzubereiten. Besonders haben die Kameraden des Ruhrgebietes die Pflicht, den Kampf gegen den ihnen diktierten Schiedspruch, der ihnen die Arbeitsschicht auch weiterhin um eine Stunde verlängert, und den ihnen angekündigten Lohnraub von 10 Prozent, sofort aufzunehmen.

Heimwehrführer von Voralberg bildet die neue Regierung

Wien, 1. Dezember. Bundespräsident Ertls hat den bisherigen Landeshaupmann und Führer der Heimwehr von Voralberg, Dr. Eder, mit der Regierungsbildung beauftragt.

Ein begeisteter Zeuge des sozialistischen Aufbaues

Der Frankfurter Architekt Ernst May spricht mit ehrlicher Bewunderung vom Lande der befreiten Arbeit

Der Frankfurter Architekt Ernst May, der vor einigen Wochen die Leitung des gesamten Bauwesens in der Sowjetunion übernommen hat, veröffentlicht in der „Frankfurter Zeitung“ eine Schilderung seiner Eindrücke im Lande der befreiten Arbeit, woraus wir unten einige Stellen zitieren.

Sein Bericht zeigt die ehrliche Bewunderung, mit der jeder unvoreingenommene Techniker und Wissenschaftler das gewaltige Aufbauwert der Sowjetunion betrachtet. Er zeugt auch von der ehrlichen Freude, die schaffensfrohe bürgerliche Menschen empfinden, wenn sie in einer Zeit, wo die ganze kapitalistische Welt sich in Krisen windet und jede Wahne Produktion hemmt, ihre Kräfte durch keine Schranken gehemmt in den Dienst gigantischen Aufbaues stellen können.

Diese helle Begeisterung Ernst Mays für die neue Welt, in der jeder „ein Stück Geschichte selber schaffen kann“, läßt die Verbrennen der Schädlinge Kamsin und Co. um so größer erscheinen. Gleichzeitig begreift jedoch jeder Arbeiter, daß der Appetit der imperialistischen Räuber, deren Angriffspläne auf die Sowjetunion gerade jetzt aufgedeckt wurden, mit jedem neuen Erfolg des Arbeiterlandes noch wächst und daß bereits heute eine neue Kriegsgefahr besteht.

„... Zahlreiche Sondervorträge, die man uns hielt, machten uns mit den architektonischen Grundlagen des russischen Wohnungsbaues, Krankenhauses und Schulwesens vertraut. Einige Mitglieder des Bauforschungs-Instituts (eine Parallelschule zu unserer Reichsforschungsgesellschaft für Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungswesen) bewiesen uns in einer höchst interessanten Bauausstellung, welche umfangreiche und wertvolle Arbeit Rußland auf diesem Gebiete bereits geleistet hat. Besichtigungen neuerer Bauten der Hauptstadt führten uns darüber auf, auf welchen Gebieten

das erste Streben des Landes nach schöpferischer Verwirklichung des frischen Geistes, der hier das gesamte Leben durchpfließt,

bereits von Erfolg gekrönt worden ist, und wo der Hebel anzusetzen hat, das Fehlende zu ersetzen.

Dann kam von heute auf morgen der Ruf zur sofortigen Fahrt nach Magnitogorsk, einem Orte der kirgisischen Steppe unweit der Osthänge des Ural auf asiatischem Boden gelegen. Der Mitarbeiterstab wurde zusammengestellt und innerhalb 24 Stunden im Sonderwagen die einschließlich der Rückreise 5000 Kilometer lange Fahrt angetreten.

Diese Reise war alles andere als eine Strapaze. Wir dachten immer lächelnd der Frankfurter Warner, die die uns den Hungertod in den russischen Steppen teils gemeldet, teils gewünscht hatten.

Sie hätten die Äpfel mit Prestavit, Schokolade, Zigaretten, Wurst und anderen Sachen sehen sollen, aus denen man uns während der ganzen Fahrt versorgte, und (da ich die Zwickler schon höflich höre) die Bäckerfrauen, die fast auf allen Stationen Eier, Milch, Butter und Geflügel feilboten. Sobald der Zug an einer Station länger verweilte, und das kam nicht selten vor, eilte unsere Zelenitschka zum Heißwasserfessel an der Station, um Teewasser zu kochen. Es kam es, daß wir neben, achimal den Tag Tee tranken und uns in unseren mollenen Rupees mit Hilfe unserer vielseitig talentierten Dolmetscherin die Mahlzeiten abwechslungsreich zubereiteten. Dabei überkam uns gleich am ersten Tage jener Humor, wie wir ihn von langen Stunden im Unterstande oder von Skitouren aus den Alpküsten kennen.

Vierundeinhalb Tage dauerte die Hinreise (für russische Verhältnisse ist das nicht viel), und trotzdem verfloß die Zeit. Auf provisorischem Geleise nähern wir uns in langsamer Fahrt unserem Ziele. Der Nebel ist klarem Wetter gewichen, und unserer Augen bietet sich ein ungemein interessantes Bild. Mitten in wilder Steppe erhebt sich eine Anzahl flacher Hügel, unter ihnen einer von größerer Ausdehnung, der Magnetberg. Hier ruhen höchwertige Erzvorräte in einem Umfange von 150 Millionen Tonnen; dabei so günstig gelagert, daß der Abbau von Tage aus erfolgen kann. Dieses Vorkommen auszubenten, hat man im Zusammenhange mit dem großen Wirtschaftsprogramm der Union die

Errichtung des zweitgrößten Industriekombinats der Welt geplant.

Aus dem nahezu 2000 Kilometer entfernten Kusnez an den Nordhängen des Altaigebirges wird man die Kohle herbeiführen, um die Erze zu erschließen, und als Rückfracht Magnetierz nach

Kusnez senden, das dort verflüchtigt wird. Das Industriekombinat von Magnitogorsk wird neben dem eigentlichen Verhüttungsbetriebe und dem Eisen verarbeitenden Werke ein chemisches Kombinat erhalten, um die Nebenprodukte der Roterzeugung bis zur Anilinfarbe zu veredeln. Von den Dimensionen der Anlage legt bereits Zeugnis das Staubeden ab, in dem der Uralkfluß zu einem 14 Quadratkilometer großen See angestaut wird, um die Wasserversorgung des industriellen Betriebes sicherzustellen. Schon heute sind, soweit die industrielle Anlage in Frage kommt, 40 Prozent des ersten Bauabschnittes ausgeführt. Unter der energiegelichen Leitung eines Regierungs-Spezialkommissars Schmidt wird dort in einem lieberhaften Tempo gearbeitet. Die einen Kilometer

lange Staumauer, die die Wasser des Urals zu Flauen bestimmt ist, wurde in 76 Tagen betoniert, die elektrische Kraftstation, neben der von Dneprostroy die größte der Union, wird bei dreimaligem Schichtwechsel im Winterbau errichtet.

Wo vor einem Jahre noch Pferde in der Steppe grasen und gelegentlich eines der kleinen charakteristischen Bauernwägelchen der ausgefahrenen Spur eines Steppenweges folgte, da arbeiten heute 4000 provisorisch in Baracken untergebrachte Menschen an dem Aufbau eines der gewaltigsten Industrieunternehmen der Gegenwart.

Die unzähligen Glühlampen der Barackenlage gemeinsam mit der die Baustellen in der Nacht beleuchtenden Scheinwerfern machten auf uns einen unvergesslichen Eindruck.

In stundenlanger Fahrt kreuz und quer über die Steppe tasten wir alle Unebenheiten des Geländes ab, auf dem die Wohnkott für 120 000 Menschen

erstehen soll. Von unvergleichlicher Schönheit war der Blick auf die langgestreckten Höhenrücken des Urals. Die reine Atmosphäre ließ uns in einer Entfernung von 100 Kilometer noch deutlich die Falten der Bergzüge erkennen.

Jeder von uns empfindet stündlich, daß es uns hier vergnügt ist, Geschichte nicht nur zu erleben, sondern im Rahmen unserer bescheidenen Kräfte auch mitzumachen.

Eine neue antibolschewistische Sellenblase geplatzt

Rjabuschinskis „Wiedergeburt“

Der von der gesamten Presse für 1925 folgefolgte Emigrantenführer starb am 7. Juli 1930 noch Brandartikel gegen die Sowjetunion

Die sozialdemokratische Presse, die Allstein-Presse und die französische Presse melden in ihrer Kampagne der Verächtlichmachung des Moskauer Prozesses übereinstimmend: Rjabuschinski, ein Führer des Handels- und Industriekomitees, des „Torgprom“ in Paris, mit dem Kamsin 1927, wie die Anlagenschrift im Schädlinge- und Spionageprozeß lautet, Verhandlungen geführt haben, will, ist schon 1925 gestorben. Friede seiner Seele!

In der Prozeßhandlung am Sonnabend aber haben nicht nur Kamsin, Paritschew, Fedotow und andere Schädlinge in ihren Aussagen bekätigt, daß der Rjabuschinski lebt. Es wurde auch

ein Artikel in der „Worosschenski“ (Wiedergeburt) vom 7. Juli 1930

verlesen, in dem der gestorbene und wiedergeborene Rjabuschinski unter dem Titel „Ein notwendiger Krieg“ gegen die Sowjetunion heft und zur Beilegung des „bolschewistischen Gewalts“ auffordert.

Auch ein frecher Schwindel des „Vorwärts“ ist seit Sonnabend vor der ganzen Welt entlarvt worden. Das sozialdemokratische Blatt mußte natürlich noch einen Schritt weitergehen als selbst die „Allstein“-Presse und behauptete dreißig und gottesfürchtig, Kamsin griffe in seinen Geständnissen nur deshalb immer auf Paritschew zurück, weil dieser ihn ja nicht mehr widerlegen könne, da er vor mehreren Monaten bereits von der GPU erschossen worden sei. Inzwischen hat jedoch Paritschew ebenfalls seine Aussagen vor den proletarischen Gericht in eigener Person gemacht.

So widerlegt sich eine Behauptung nach der anderen; die gesamte Presse blamiert sich bis auf die Knochen. Da es jedoch ihre Aufgabe bleibt, die Kriegsverchwörungen gegen die Sowjetunion von heute und die von morgen totzulügen, wird auch kein Dementi ihr den Mund klopfen können.

In Wien ist die Zahl der unterstützten Arbeitslosen in der zweiten Hälfte des Monats November um 6188 auf 88 441 gestiegen. Damit ist der Stand um 21 439 höher als im Vorjahre.

Die Präsidentenwahlen in Uruguay hatten ziemlich geringe Beteiligung. Soweit sich bis jetzt beurteilen läßt, dürfte der Kandidat der Kolorado-Partei, Dr. Terra, die meisten Stimmen erhalten haben.

Zwischen Litauen und Polen werden am 15. Dezember direkte Verhandlungen über die Grenzzwischenfälle stattfinden.

Zwei politische Todesurteile in Griechenland

Paris, 2. Dezember. Wie die „Humanité“ meldet, sind in Athen die Mitglieder der Organisation der kommunistischen Studenten Griechenlands, Markowitis und Panafis, zum Tode verurteilt worden.

Es ist dies das erste Mal, daß die Diktatur Benzelos, die gegen die revolutionären Arbeiter hart genug wütet, eine derartige Verurteilung bezieht. Nähere Einzelheiten fehlen noch. Aber die Aufmerksamkeits des internationalen Proletariats muß wachgehalten werden, um die durch den weißen Terror vom Tode Bedrohten zu retten.



(Copyright des Internationalen Arbeiter-Klerks)

(54. Fortsetzung.)

„Was ist los?“

„Ihr müßt hier absteigen und zu Fuß weitergehen! Die Straße wird mit Artillerie beschossen!“ sagte der Kapitän. Die Mannschaft stieg auf Franzens Befehl ab und stellte sich auf der Straße in Gruppen auf.

„Wo kriegen wir unseren Frontabschnitt zugewiesen?“ fragte Franz.

„Ihr müßt euch bei der Geschützstelle da vorn melden.“

„Los, weiter!“ sagte Franz, und der Zug bepackte sich mit den Gewehren und der M.-G.-Munition. Nach einer halben Stunde tauchten dreizehn Häuser auf. Sie trafen ein paar Rotarmisten die von der Front kamen.

„Na, müde?“ fragten die vom Kreuzfahr-Zuge. „Vorn gibt es die Luft!“ war die Antwort. Einer der Rückkehrenden blieb stehen und sagte: „Geht mal hin und haut die faulen Hunde aus den Straßengräben zum Teufel, die den Frontkameraden das letzte Brot wegessen und nicht an die Front hin wollen!“

„All wieder?“ fragte der Schnidder und wickelte sein Gewehr aus den Lappen.

Es sind nur ein paar Kerle, aber die machen auch die übrigen blödsinnig!“ „Wie weit ist das noch?“ fragte Franz. „Zehn Minuten!“

Noch eine Viertelstunde, und sie sahen die Gräben voll Menschengruppen. Vorn löste ihnen entgegen, Franz ließ halten

und begab sich zu den Nächtliegenden hin: „Wo ist der Kommandant?“

„Wenn du den da drinne meinst, dann hau man rinn!“ sagte ein Burche. Der Loh, in dem er sprach, war höhnisch. Ein Gelächter folgte. Franz befragte die Leute. Ein paar Kerle führten das Wort.

„Wie in Dorken!“ fiel ihm die Geschichte des vergangenen Abends ein. Er wollte Wut heranz. „Du, die Sache hier stimmt nicht! Sag den Kameraden, sie sollen ihre Gewehre bei sich halten, ich will mal hineingehen und nachfragen!“

Er ging ins Haus. Auch dort streifende Gruppen Schimpfend teilten ein paar Arbeiter Proportionen aus. „Wer hat noch kein?“ „Hier!“ „Hier!“ „Hier!“ „Wie einige ihr empfangenes Brot verdarben und sich wieder vordrängten.“

„Geht doch alles auf!“ empörte sich ein magerer Arbeiter und sah sich, ohne was bekommen zu haben, aus einer Gruppe los. Er machte ein finstres Gesicht: „Ich komme von der Front und kriegt nichts zu fressen! Abbit die, die sich hier seit gestern herumdrücken, die haben das größte Maul und können den Arsch nicht vollkriegen, gottverdammte!“

„Wo ist der Kommandant?“ fragte Franz Kreutz den ersten Arbeiter.

„Der hört sich um gar nichts, der ist in einem Zimmer und emalt die Karten!“ sagte der Arbeiter erbittert.

„Mensch, warte dich nicht,“ sagte ein anderer, „der Kerl muß ja bei diesem Betrug verurteilt werden!“

Franz arbeitete sich bis zu dem Zimmer des Kommandanten durch und öffnete die Tür. Weder einen Tisch, auf dem eine Karte lag, sah er, noch einen Mann. Er hörte schelmbar nicht, daß einer aus dem Zimmer kam. Erst als ihn Franz angerufen hatte, richtete sich der Mann auf und sah Franz unwillig an: „Ich habe doch angeordnet, daß man mich nicht stören soll!“

„Ich komme mit einem Transport!“

„Was?“

„Brot Essen!“

„Kann man sich auf die Leute verlassen? Sonst hat es keinen Zweck! Du kannst es mir glauben, hier kriegt man es satt!“ Der Mann stand müde auf und sah Franz Kreutz verzweifelt an. „Hast du die im Graben gesehen? Damit ärgere ich mich die ganze Zeit schon. Fressen wollen sie dauernd, aber an die Front kriegt sie nicht oder müht ein paar abknallen!“

„Es sind nur wenige, die miesmachen!“ sagte Franz.

„So fisch dir mal die Wenigen raus!“ sagte der Kommandant verdrossen.

„Ich helfe dir schon, ich weiß, wir bringen sie schon wieder zur Vernunft!“ sagte Franz zupersichtlich. Sie berieten und als Franz noch Murr und die Führer der frischen Transporte herbeigerufen hatte, entschloß sich der Kommandant, eine Säuberung durchzuführen.

Die Führer kamen aus dem Gebäude und gingen zu ihren Zügen. Nach einer kurzen Unterredung verteilten sich die Mannschaften quer über die Straße und sperren gleichzeitig den Zugang zum Haus ab.

Die in den Straßengräben wurden unruhig. „Was ist das für 'ne Komödie?“ rief einer der Schreier.

Der Kommandant ging auf den Mann zu und sagte kurz: „Du gibst dein Gewehr ab, aber sofort!“

„Ich? Warum denn?“

„Das Gewehr her!“ sagte der Kommandant hart. Der Mann gab eingeschüchtert sein Gewehr ab. Der Kommandant ging von einem Trupp zum anderen und suchte sich die Unzuverlässigsten aus. Die Kabaumacher versuchten, sich zu drücken. Einer nach dem anderen wurde entwaffnet. Eine halbes Duzend wurde in der Nähe des Hauses gruppiert und bewacht. Die übrigen waren aufgestanden und erwarteten das gleiche.

„Schämt euch!“ sagte der Kommandant. „Vorn warten die Genossen auf Verstärkung und ihr hungert hier herum!“ — Er besprach sich mit den Führern und wandte sich wieder zu den Arbeitern: „Los, ortgruppenweise antreten! Wer nicht nach vorn will, der gibt seine Axt ab!“

Ein Duzend etwa wurde entwaffnet. Die anderen traten an. Der Kommandant suchte die Zuverlässigsten aus und übergab ihnen die Führung über die Züge.

„Jetzt abmarschieren!“ gab er Befehl, nachdem der noch nicht verpflegte Teil der Mannschaften mit Brot versehen war.

Als die Leute abrückten, wollten die Sanitätserinnen mit. „Ihr bleibt hier! Wir machen hier eine Verbandsstelle!“ sagte der Kommandant Rosa. Die Hoffnung gehabt hatte, an die Front zu kommen, wurde blöde. Sie sah nach Franz hin, der auch antreten ließ. Tief senkte sie ihren Kopf, setzte sich in den Graben und begann, Gaspätschen zu wickeln.

(Fortsetzung folgt)

Wann? — 1828? — 1930? — 1931?

Die Kriegstermine der Generale Poincarés

Sie konnten nicht einig werden — Der sozialistische Aufbau vernichtete ihre Pläne — Die Kriegsgefahr bleibt

Moskau, 1. Dezember. Der Prozeß gegen die Schädlinge in Moskau beweist mit aller Deutlichkeit, daß Frankreich mit bewaffneter Intervention gegen die Sowjetunion vorgehen will. Die Sabotageakte der Schädlinge sind ein Teil der Pläne des Herrn Poincaré, die sich durch die bewaffnete Intervention ergänzen.

Bereits im Jahre 1927 wurde im Handels- und Industriekomitee in Paris darüber diskutiert, ob die Zeit der Intervention bereits gekommen sei, oder ob man noch warten solle. Während der Vertreter des Verbandes der Ingenieurorganisationen in dieser Frage schwankte, war es der Vertreter Poincarés, der am meisten dazu drängte, die Interventionspläne unmittelbar militärisch vorzubereiten.

Ramstin erklärte in der Verhandlung am 30. November:

„In diesem Moment waren die stärkste Initiativekraft, die diese Frage forcierte und auf ihre eigene Art einen Druck ausübte, die französische Regierung.“

Professor Fjodorow erklärte in der Verhandlung am 27. November über die Wirkung des Drucks in der französischen Regierung:

„Das Zentrum der ganzen Bewegung, der ganzen Arbeit, verschoß sich auf den französischen Generalstab. Die Richtung der Tätigkeit wurde eine andere.“

Seit dem Jahre 1927 bereiten die „reisenden Generale“ Poincarés Ost- und Südosteuropa, die baltischen Länder und die Balkanstaaten. Unter ihnen befinden sich außer dem bereits im Prozeß mehrmals genannten General Jeanin, die Generale Le Rond und Franchet d'Espèran. Seit jener Zeit wurde das Rüstungsbudget im französischen Staatshaushalt gewaltig in die Höhe geschraubt. 19 Prozent des gesamten Staatshaushalts

Für den Fünfjahrplan

Mit Kelle, Lot und Wasserwaage



Der Fünfjahrplan in vier Jahren! Diese Parole zu verwirklichen, sind vor allen Dingen die sowjetrussischen Bauhandwerker bemüht. Tatsächlich kommen aus allen Teilen des Landes die erfreulichen Meldungen, daß fast sämtliche Bauten vor dem gestellten Termin fertiggestellt werden. Zahlreiche ausländische Maurer, Zimmerer und Installateure arbeiten tatkräftig an diesem gigantischen Aufbauwerk mit. Unser Bild zeigt einen deutschen Maurer beim Anlernen von Lehrlingen auf einer der Bauanlagen in der Nähe Moskaus.

waren es im Jahre 1927 und 23 Prozent im Jahre 1930, die für militärische Zwecke verwendet wurden.

Die Industriepartei erhielt von diesen Geldern unmittelbar nicht viel.

Daß die Rüstungen in den Nachbarländern der Sowjetunion besonders gesteigert und die Beschäftigung des polnischen, rumänischen und finnischen Faschismus geküßt.

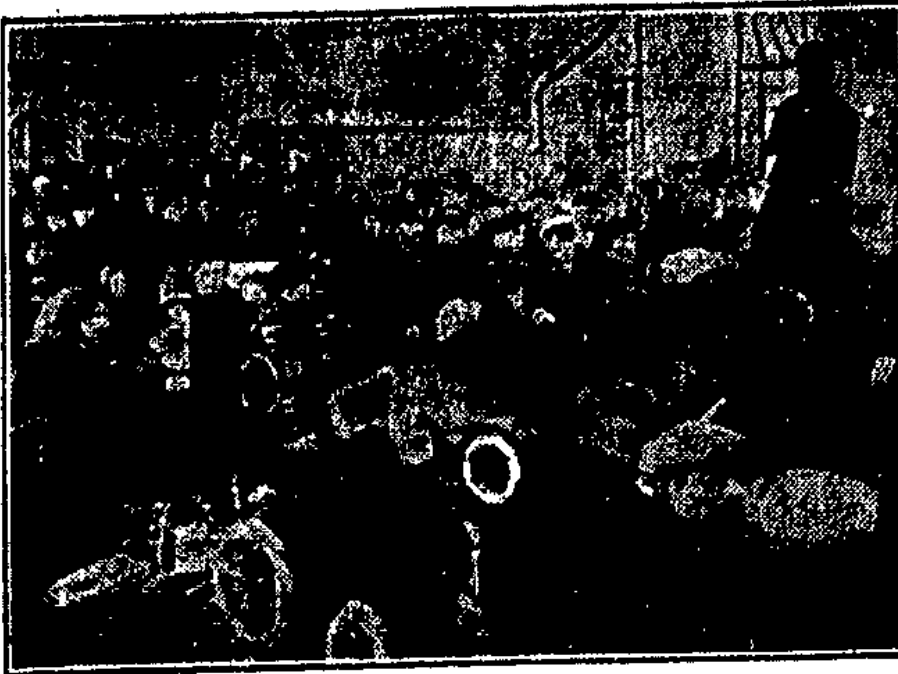
Frankreich organisierte und finanzierte aus dem gleichen Grunde die Thronbesteigung König Carols von Rumänien.

Es geht Poincaré nicht schnell genug

Der Schädlingführer Olladshi, früherer Stellvertreter des Vorsitzenden der Planwirtschaftskommission der Sowjetunion, gleichzeitig Mitglied des Zentralkomitees der Industriepartei, berichtet vor dem Gericht in Moskau als Zeuge, daß er die Chancen der Intervention für das Jahr 1931 „von Gesichtspunkt der Entwicklung der Industriepolitik der Sowjetunion als unerschütterlich einschätzte“. Darauf habe der Agent Poincarés mit größter Entrüstung gesagt:

„Wie kommt es denn, daß das Zentralkomitee früher, vom Jahre 1928 gesprochen hat?“

Helden des Fünfjahrplans



Die Elektromotorenfabrik „Lense“ in Moskau hat den Produktionsplan im zweiten Jahr des Fünfjahrplans 19 Tage vor der festgesetzten Frist erfüllt und über den Plan hinaus eine Mehrleistung von 1700 Elektromotoren erzielt. Unser Bild zeigt die Versammlung während der Arbeitspause aus Anlaß der erfolgreichen Erfüllung des Produktionsplanes.

Der Agent Poincarés deutete dann weiter an, indem er sich gegen die Auffchiebung der Intervention erklärte:

„Sie selbst sehen, was in Deutschland vor sich geht. Es sind Umgruppierungen im Proletariat im Gange, die auf die Stärkung der Rolle und Bedeutung der kommunistischen Partei hinauslaufen.“

Die Rolle des Generals Jeanin

Zu unserer gestrigen Veröffentlichung über das sibirische Tagebuch des französischen Generals Jeanin erhalten wir aus Moskau noch einen Sonderbericht, der den besonderen Einfluß der französischen Imperialisten auf die russischen Weißgardisten dokumentiert. General Jeanin traf im Januar 1919 bei der Kollschal-Armee ein, die in Sibirien und Osturalien operierte. Er übernahm das Oberkommando über die englischen, italienischen, polnischen und anderen ausländischen Formationen.

Weiter übergibt er Kollschal ein Telegramm Clemenceaus, in dem es heißt:

„Ich zweifle nicht, daß die sibirische Armee unter der Leitung ihrer hervorragenden Führer ihr Ziel verwirklicht, Rußland zu besetzen.“

Der Kollschal-Minister Budberg erklärte über General Jeanin:

„Unser teuerer Intervent, welcher sehr zu essen liebt. Wir können mit ihm nicht konkurrieren. Es treffen viele Klagen über Untaten und Bergewaltigungen polnischer Truppen ein. Jeanin beantwortet unsere Klagen nicht.“

Ein Heresbefehl über die Weigerung von Soldaten, die nicht an die Front gehen wollen, schließt Jeanin mit den Worten:

„20 Mann erschossen! Gott mit uns! Hurra!“

Hierbei muß bedacht werden, daß General Jeanin ein persönlicher Freund des letzten Zaren war und für dessen Bluttaten eine besondere Hochachtung hegte. Er hat die Moskauer Militärakademie besucht und ist Monarchist. Heute ist er Poincarés Militärspezialist für Interventionen, der Auftraggeber der Industriepartei.

In diesem Zusammenhang ist ein Telegramm wichtig, das vom Sowjetzentralarchiv veröffentlicht wird und am 12. September 1920 aus Sebastopol von der südrussischen Wrangel-Regierung an den russischen Gesandten in Paris geschickt wurde.

Dieses Telegramm bestätigt die Belieferung der russischen weißgardistischen Armee durch Frankreich, beruft sich auf die Vorschläge des französischen Generals Mangin und offeriert schließlich Getreide für Darlehen, das die südrussische „Regierung“ von Frankreich erbeten hat.

Dies sind eine Anzahl von Beweisen für die Interventions-tätigkeit des französischen Imperialismus. Die Erklärungen der

französischen Regierung zu diesen Enthüllungen sind so blüffig, daß sie sogar durch die bürgerliche Presse bemängelt werden.

Sechster Verhandlungstag

Auch der sechste Verhandlungstag brachte wieder eine Reihe von weiteren Beweisen für die Schädlinge. Weiter wurde der Wunsch der Schädlinge, ihre Handlungen mit „Wissenschaft und Objektivität“ zu erklären, im Prozeß widerlegt. So muß der Angeklagte Ramstin bekunden, wie das Entwicklungstempo der Brennstoffindustrie gehemmt wurde. Die von den Schädlingen ausgearbeiteten Zahlen des Fünfjahrplans für die Torfgewinnung wurde mit 15 Millionen Tonnen für Ende 1932 angesetzt, während

der von den Arbeitermassen aufgestellte Gegenplan 33 Millionen Tonnen beträgt.

Der Gegenplan der Arbeiter ist bereits zum großen Teil durchgeführt.

Auf dem Gebiete der Petroleumgewinnung, wo die stärkste und am besten organisierte Gruppe von Schädlingen bestand, wurden planmäßig übertriebene Pläne aufgestellt, aber gleichzeitig die massenhaft importierten ausländischen Maschinen nicht ausgenutzt.

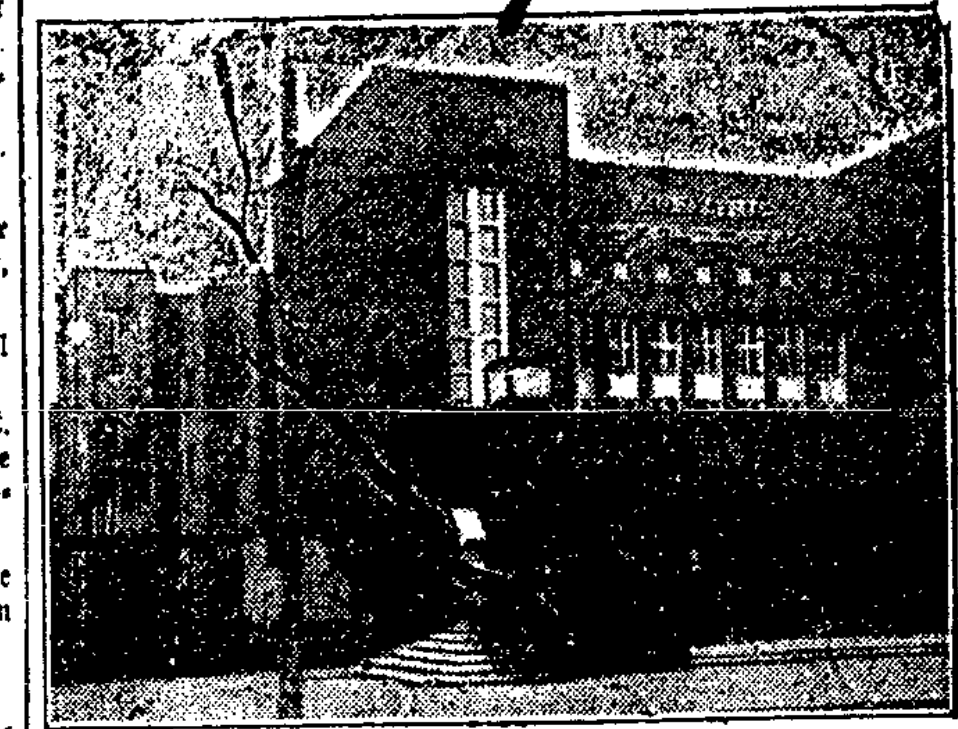
In der Nachmittagsstunde muß besonders der Angeklagte Fjodorow über die Schädlinge im Lokomotivbau berichten. So wurde mit angeblich „objektiven“ Argumenten der Bau von Riesenlokomotiven mit einer Belastung von 35 Tonnen pro Achse betrieben. Die Einstellung solcher Lokomotiven würde

eine Erneuerung des gesamten Unterbaus der Bahnhöfe und einen völligen Umbau sämtlicher Brücken erfordern haben.

Das Endziel dieser Machinationen war die Festlegung riesiger Kapitalsummen, ohne daß ein Nutzen daraus gezogen werden konnte.

Der Angeklagte Fjedorow schildert, wie in der letzten Zeit die Anlage großer Textilfabriken in Weißrußland nur zu dem Zweck geplant war, diese Fabriken im Falle der Inter-

Früher Tingeltangel — heute Kulturstätte



Gibt es bessere Beweise des kulturellen Aufbaus in der Sowjetunion: Aus Kirchen werden Versammlungslokale, aus Klöstern Museen oder Fabriken, aus Adelspalästen Arbeitererholungsheime, und aus den Stätten blöden Amüsierbetriebes Klubhäuser für die Feierstunden. So zeigt unser Bild das soeben fertiggestellte Klubhaus der Lebensmittelarbeiter von Charkow in der Ukraine, das an Stelle des vor der Revolution hier betriebenen Tingeltangels „Tivoli“ hier errichtet wurde.

vention, die eine schnelle Besetzung der Westgebiete bringen sollte, den französischen und polnischen Eindringlingen in die Hände zu spielen.

Fjedorow bestätigt weiter, daß gerade die Gebiete, wo die Getreideausbringung im Gange war, mit falschen oder unbrauchbaren Waren oder überhaupt nicht beliefert wurde, während andere Gebiete gleichzeitig übermäßig versorgt wurden.

Zwei rote Soldaten sollen erschossen werden

Der revolutionäre Geist in den kapitalistischen Armeen wächst unaufhörlich

Berlin, 2. Dezember. Das Zentralkomitee der Roten Hilfe Deutschlands erhielt aus Athen, der Hauptstadt Griechenlands, folgendes Miarmetelegramm, datiert vom 29. November: „Zwei kommunistische Soldaten vom Militärgericht Janina zum Tode verurteilt. Rote Hilfe Griechenlands.“

Das Zentralkomitee der Roten Hilfe, das den Vorgängen in Griechenland besondere Aufmerksamkeit gewidmet hat, teilt dazu mit, daß genaue Einzelheiten, die ein zweifaches Mordurteil irgendwie rechtfertigen könnten, bis zur Stunde nicht bekannt geworden sind. Es muß sich also um neuerliche von der Zensur streng geheim gehaltene revolutionäre Ereignisse handeln, die aller Wahrscheinlichkeit nach im Zusammenhang mit den wuchtigen Demonstrationen der

griechischen Arbeiter und Bauern für die Sowjetunion stehen.

Ein gewaltiger Proteststurm der Werktätigen der ganzen Welt muß den heldenmütig kämpfenden Arbeitern, Bauern und Soldaten Griechenlands zu Hilfe kommen. Die beiden roten Soldaten dürfen nicht Opfer der griechischen Militärenten werden!

Fünf Paar gesunde Zwillinge

Aus dem amerikanischen Staate Omaha kommt die kaum glaubliche Mitteilung, daß dort vor kurzem die Frau des Farmers Galda von einem Paar gesunder Zwillinge gebunden ist. Vier weitere Zwillingspaare, die samt und sonders gesund und kräftig geworden sind, hat diese Frau bereits in einem Zeitraum von zwölf Jahren in dieser „höchsten aller Welten“ geboren.

Breslau

Kein Tag ohne Selbstmorde!

Am Sonntag gegen 6,45 Uhr wurde der 53jährige Oberstadt-
Paul W. in der Küche seiner Wohnung in der Bismarckstraße
aufgefunden. Gegen W. schwebt in Folge starker Verschuldung ein
Zwangsverfahren mit dem Ziele auf Dienstentlassung. Der Tod
wurde teils durch Gasvergiftung, teils durch eine Selbsterschuldete
eingeredet. Gestern früh gegen 4,40 Uhr ver-
suchte eine etwa 45jährige Frau am Städtischen Brausebad unweit
eine etwa 15jährige Frau in die Oder zu springen. Sie wurde durch eine
Unvorsichtigkeit an diesem Vorhaben gehindert. Kurze Zeit darauf
stellte die Lebensmüde einen Böhmspaum unweit des Krosi-
nens und Hof die Oberbühnen hinunter. Auch hier verhinderte
ein Schutzpolizeibeamter die Tatausführung.

Man sucht Dumme!

Vor einiger Zeit verstarb unser Genosse Wuttke aus dem
Stadtteil Nordost. An dem sogenannten Totensonntag erhielt seine
Wutter einen Brief, der folgendermaßen lautet und von uns nicht
kommentiert zu werden braucht: „Der Herr hat Dir etwas zu sagen,
die Liebe nur treibt ihn dazu, und wenn Du der Liebe Dich öffnest,
dann kommt Deine Seele zur Ruhe! Dann strömt Dir von oben ein
Licht, das in Fülle und Kraft Dich versetzt. Der Herr hat Dir
etwas zu sagen. Herz, höre gerade jetzt.“

Werkstätige Frau,

du bist ein besonders billiges Ausbeutungsojekt für den Unternehmer.
Du kannst dich aus diesem unwürdigen Zustand nur befreien, wenn
du dir aus dem Waffenarsenal der marxistischen Arbeiterschule das
Kampfmittel um die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Gleich-
stellung mit dem Manne notwendige Wissen aneignest. Merke an die
russische Arbeiterin, die auf Grund jahrelanger Schulungsarbeit
Betriebe leitet und Kommandostellungen der Wirtschaft bekleidet. Darum
geh in die marxistische Arbeiterschule; die u. a. besondere Kurse
über Frauenbewegung usw. durchzuführen wird. Morgen beginnt ein
Kursus über die ökonomischen Grundfragen des Marxismus mit
H. Döngel, Berlin im Lokal „Weiße Schleife“, Taschenstraße
Nr. 20, I. Arbeiter, Arbeiterinnen, Jungarbeiter, Genossen, nehmt
teilhaftig an diesem wichtigen Kursus teil.

Erwerbslosenversammlung

Am Donnerstag, dem 4. Dezember, um 14 Uhr, im „Schief-
herber“, großer Saal. Thema:
„Das Weihnachtsgeld des Breslauer Magistrats.“
Referent Stadtverordneter Adelt.
Erwerbslose Kollegen, heraus in Massen zur Organisation des
Kampfes um eure Winterhilfsmassnahmen. Eintritt frei!
Landes-Erwerbslosenausschuss Schlesien.

Achtung, Betrüger!

Vom Landes-Erwerbslosenausschuss wird uns geschrieben: Es
sind sich in letzter Zeit die Klagen, wonach frühere Mitglieder des
ausgeschiedenen Arbeitlosenrates durch mit Stempel versehene Schreiben
versuchen, Geschäftskonten zu schädigen. Ebenso wird ver-
sucht, alte Marken des ehemaligen Erwerbslosenbundes in Um-
lauf zu bringen. Wir erklären hiermit, daß nur der Landes-Erwerbs-
losenausschuss Schlesien die von den schlesischen Erwerbslosen gewählte
Interessenvertretung ist, warnen alle Erwerbslosen sowie Geschäfts-
leute, sich mit irgendwelchen anderen, angeblich die Erwerbslosen ver-
tretenden Personen irgendwie zu beschäftigen oder um Rat zu fragen.
— Landes-Erwerbslosenausschuss Schlesien. J. A.: Kiewewetter

Aus der Hoham-Organisation

Das Mitglied des Mietervereins A. W., das sieben Jahre
ununterbrochen dem Verein angehört und seine Beiträge pünktlich
alle Vierteljahre entrichtet hatte, wollte vor einigen Tagen im Büro
auf der Bischofstraße, eine Auskunft haben. Der anwesende „Kollege“
Krenzel verweigerte die Auskunft, und zwar deshalb, weil das
Mitglied den Beitrag für das letzte Quartal noch nicht geleistet hatte.
Krenzel blieb bei der Verweigerung auch dann noch, als ihm
das Mitglied versichert hatte, daß es immer am Ende des Quartals
lässt wurde und selbstverständlich bereit ist, die Beiträge zu be-
zahlen. Eine feine Organisation!

Alle Parteifunktionäre von Groß-Breslau

kommen Freitag um 20 Uhr in den „Zentralballsaal“
zu einer sehr wichtigen Sitzung. Keiner schle! Ausweis mitbringen.

Tödlicher Straßenunfall. Am Sonnabend, gegen 11 Uhr, wurde
auf der Nikolaitraße, an der Grenzhausgasse, der Schuhmachermeister
M. von einem Lastkraftwagen angefahren und zu Fall gebracht. Er
wurde von einem Fuhrwerk in das Allerheiligen-Hospital gebracht,
wo er an den Folgen des Unfalls gegen 13 Uhr verstarb.

Das Gas abgedreht. Dem Erwerbslosen M. T. auf der Erding-
straße 3 wurde das Gas abgedreht, weil er nicht in der Lage war,
eine Rechnung in Höhe von 2,15 Mark nebst, eine Mark für Ab-
nahme zu bezahlen. Der Kollege ist bereits zwei Jahre erwerbslos und
erhält pro Woche 10 Mark, höchstens 15 Mark Unterstützung. Sein
Versuch, die 2,15 Mark vom Wohlfahrtsamt zu erhalten, scheiterte.
— Soll man dazu einen Kommentar schreiben?

Stadteil West. Alle, die noch nicht zur Kontrolle waren, haben
heute von 18 bis 21 Uhr im „Anglerheim“ zu erscheinen. „Arbeiter-
zeitungs“-Quittung ist mitzubringen. Donnerstag Generalmitglied-
versammlung im „Zentralballsaal“, Westendstraße. Nur Parteimit-
glieder und Jugendgenossen haben Zutritt. Anfang 19 Uhr.

Kommunistischer Jugendverband West. Heute Mittwoch, 19,45
Uhr, im „Anglerheim“, Mitgliederversammlung.

Achtung, Sportler!

Dienstag, den 9. Dezember, findet um 20 Uhr im Lokal bei
Bittner, Werstraße 26, die Gründungsversammlung des Sport-
vereins Fichte (in welchem Möglichkeit für jede Sportart gegeben ist)
statt. Interessenten sind hiermit eingeladen.

Wintersportler! Am Freitag, dem 5. Dezember, findet ein Troden-
fest in der Paulinen-Turnhalle, Paulinenstraße, um 20 Uhr, statt.
Teilnahme ist kostenlos. Mitzubringen sind Ski, Stiefel und Stöcke.

(Weitere Lokalmeldungen siehe auf der Infantenseite.)

Buchdrucker, laßt keinen Lohnabzug zu!

Aus der letzten Mitgliederversammlung des Buchdruckerverbandes

Am Sonntag fand eine Mitgliederversammlung des Buchdrucker-
verbandes statt. Sporn sprach über das Thema: „Was haben wir
von dem am 15. Dezember beginnenden Lohnverhandlungen zu er-
warten?“ Er wies auf den Berliner Metallarbeiterstreik hin, den der
Breslauer Ortsvorstand, trotz eines Beschlusses der letzten Versamm-
lung, ihn mit allen Mitteln zu unterstützen, nicht unterstütz-
hat, weil er wußte, daß der Streik von den D.M.V.-Bürokraten so-
wie abgeblasen wird. Als Ursache des verlorenen Kampfes in Berlin
gab Sporn die vielen unorganisierten (!) Arbeiter an. Das
ist natürlich unwahr. Wahr ist, daß die Unorganisierten genau so
wie die Organisierten bis zur letzten Stunde im Streik
gestanden haben. Für die Verhandlungen für das Buchdruck-
gewerbe weislagte Sporn, daß sie ergebnislos verlaufen würden.
Er sagte: „Wenn die Buchdrucker diesen Lohnraub widerprückslos
hinnehmen, dann ist das das Ende jedes Kampfes.“ An der Dis-
kussion beteiligten sich u. a. die Kollegen Gerlach und Hein-
rich. Heinrich forderte auf, in den Betrieben Kampfausschüsse
zu bilden. Gerlach sprach in seine Ausführungen die Vor-
lesung eines Briefes der russischen Buchdrucker aus Simseropol in der

dem ein. Die russischen Kollegen fordern die Breslauer Kollegen
auf, mit ihnen in einen Blockwechsel einzutreten.
Bei der Stellungnahme über die Auszahlung einer Extra-Unter-
stützung an die Erwerbslosen, Invaliden und Witwen vertrat die
oppositionellen Kollegen den Standpunkt, daß wohl Solidarität mit den
Opfern der kapitalistischen Wirtschaftsverordnung zu leben sei, grund-
sätzlich ist aber der Kampf für Erhöhung der Unterstühtungen von
Staats wegen zu organisieren. Es wurde mit Mehrheit beschlossen,
außer den drei Prozent weitere zwei Prozent des Bruttolohnes für die
Erwerbslosen abzuführen. Man will diese jetzt von den bestgestellten
„Kollegen“ wie Landrat Weese, Strohlein, Reichstagspräsident
Lübke usw. erheben.

Eins ist Tatsache: Wenn die Buchdrucker den Sporn und seine
Freunde gewähren lassen, so wird der Lohnabbau nicht abzuwehren
sein. Notwendig ist, wie Kollege Heinrich vorschlug, sofort in allen
Betrieben Kampfausschüsse zu wählen, um Kampf zu rufen
und jeden Versuch — auch einen solchen mit Hilfe der Schlichtungs-
maschine — mit dem Streik zu beantworten. Die Buchdrucker sind
stark genug, um den Streik mit Erfolg durchzuführen zu können.

Unterschlagung von Wohlfahrtsgeldern

Hinter den Kulissen der ehrenamtlichen Wohlfahrtspflege

Vor dem Schöffengericht läuft gegenwärtig ein Prozeß
gegen städtische Wohlfahrtspfleger, der drei Wochen
dauern wird. Angeklagt ist der Eisenbahnbetriebssekretär M.
Paul, der Taxator Karl R. und der städtische N.
angestellte N. Der erste fungierte im Wohlfahrtsbezirk 65, der
die Gegend der Kant- und Fichtestraße umfaßt, als Wohlfahrts-
direktor. R. war ihm als Bezirksvorsteher und N. als Wohl-
fahrtspfleger unterstellt. Die Anklage lautet auf Unterschlagung
und Untreue in Tateinheit mit Betrug. Die drei, die ehrenamtlich
tätig waren, sollen sich in der Zeit von Juli 1928 bis Januar 1929
dadurch strafbar gemacht haben, daß sie Wohlfahrtsgelder im Gesamt-
betrage von über 9300 Mark unterschlugen, die Abrechnung
fälschten und die Bücher falsch führten. Geständig ist
nur der Angeklagte N., während die anderen beiden Angeklagten
strafbare Handlungen bestritten.

Nach der Anklage ließen sich die Angeklagten von Unterstützungs-
empfängern am Schluß oft Quittungen über den Gesamtbetrag geben,
während vorher schon immer über Teilbeträge quittiert war. Diese

doppelte Quittungslieferung nutzten sie zu ihrem Vorteil aus. Manche
ber von ihnen „Detreuten“ mußten auch über höhere Beträge
quittieren, als sie tatsächlich erhielten. Ja, sie sollen sogar versucht
haben, sich Blankoquittungen von Unterstützten zu verschaffen. Eine
Aufbedingung der Unregelmäßigkeiten hatten sie fürs erste nicht zu
fürchten, da sie ja unter einer Decke steckten. Den Angeklagten wird
auch vorgeworfen, völlig eigenmächtig ohne die übrigen Mitglieder
der Wohlfahrtskommission hinzuzuziehen, Unterstützungen bewilligt zu
haben, allerdings nicht aus Menschlichkeit, sondern aus privaten
Gründen. Solche Unterstützungen flossen hauptsächlich an
Frauen, um deren Kunst den drei zu Biergärtnerinnen
bestellten Böden gelegen war. Zum Teil wurden sogar
Gelder an Leute gegeben, die in ganz anderen Bezirken wohnten.
So wurde mit städtischen Wohlfahrtsgeldern umgegangen, während
wirklich Bedürftige sich die Schuhsohlen abrennen mußten, ehe es
ihnen gelang, ein paar Pfennige zu erhalten.

Zu der Verhandlung sind über 70 Zeugen geladen. Wir kommen
darauf noch zurück.

Vietsch hat sich sehr wohl gekümmert

In dem vor einigen Tagen veröffentlichten Bericht über die
Berufungsverhandlung im Gotteslästerungsprozeß gegen den Kollegen
V. A. A. wird uns von diesem geschrieben:

„In Eurem Bericht heißt es: „Der die Hauptverantwortung für
die Revue („Himmel, Hölle und auf Erden“) trägt, der sie zensiert
hat — der Freidenkersekretär Vietsch aus Breslau — glänzte natür-
lich durch Abwesenheit und ließ die Angeklagten die Kasernen aus
dem Feuer holen.“ Tatsächlich hat sich Vietsch sehr wohl um den Pro-
zeß gekümmert, was er auch den Angeklagten gegenüber durch
eine recht auffällige Bevormundungslust und diktatorisch-ultimative
Gehörigkeit provozierend zum Ausdruck brachte. Er hielt sich auf
„höherer“ Befehl verpflichtet, dafür zu sorgen, daß der Verband
offiziell — also in der Presse — so wenig als nur irgend möglich
in Verbindung mit dieser selbigen Prozeßsache benannt wurde. Also
schweigend sich das Verbandsorgan „Der Freidenker“ sowohl zur Revue
als auch zum Prozeß aus. Und Anarthe der katholischen Presse,
sowohl gegen den Verfasser als auch gegen den Verband, wurden ein-
mal überhört. Als dann schließlich der Prozeß eine unummeidliche Tat-
sache wurde, war es die Aufgabe von Vietsch: einen Anwalt ausfindig
zu machen, der bei der Verteidigung der Anwesenden „die Interessen
und Wünsche des Verbandes nicht außer acht ließ. Wegen die politische
Geschäftshuberei — eine Handlungswelle, die ganz offiziell ein Ab-
rücken von den für die Interessen des Verbandes strafbar gemordeten
Angeklagten bedeutete — protestierte ich und machte dabei geltend,
daß es bei diesem Prozeß nicht darauf ankommen könne: Einzel-
personen verteidigen zu lassen, sondern daß es Sache des Verban-
des sei, gegen die größte Herausforderung seitens der Kultur-
reaktion im schwarzen Schlesien mit aller Entschlossen-
heit aufzutreten. In Ignorierung dieses Protestes ließ mich der
Bezirksvorstand durch Vietsch erklären: „Sollten Sie diese Maßnahme
des Bezirksverbandes nicht annehmen wollen, so dürfte der Vorstand
sich als desinteressiert erklären.“ Ich protestierte
erneut. Vietsch, der seinen Schachzug: uns Angeklagte und den
Prozeß mit juristischem Dreh lösen werden, mißglückt sah, erklärte
mir: „Ich möchte bereits heute feststellen, daß ich zu keiner Stunde
bereit bin, zu bezeugen, daß die Revue in der von mir gewünschten
Form gespielt wurde.“ Dies erklärte der mit allen Vollmachten aus-
gestattete Bezirkssekretär Vietsch fünf Tage vor dem Prozeß und
neun Monate nach erfolgten 89 Aufführungen (einschließlich Gene-
ralprobe), von denen er in mindestens drei Vorstellungen zugegen war.
Fürwahr ein Ehrenmann, ein Kampfgenosse... Als
ich obendrein erklärte, auf ihn als Zeugen zu verzichten, war ihm
um die „Wünsche und Interessen des Verbandes“ sichtlich bange. Aber
ein ausgerüstetes Köppchen, ein Ehrenmann, ein Kampfgenosse wie
Vietsch, weiß sich Rat. Was tut er? Er nimmt für den Verlauf der
Verhandlung auf der — Zeugenbank Platz! Sichtbar für den
Berichtshof. Sichtbar für uns Angeklagte. Sichtbar für den
Staatsanwalt! Nun frage ich: Was würde Vietsch wohl
ausgesagt haben, wenn ihn J. B. der Staatsanwalt für sich als
Zeugen beansprucht hätte? Was würde er dann wohl gesagt haben,
nachdem er mir fünf Tage vorher die oben zitierten Worte schrieb?
Für den aber, dem noch nicht ganz klar geworden sein sollte, was
Vietsch als Zeuge des Staatsanwalts wohl ausgesagt hätte, vermerke
ich, was Vietsch mir einige Tage nach dem Prozeß erster Instanz
erklärte: „... Im übrigen sprechen wir uns noch in der Berufs-
verhandlung.“

Daß unser „Ehrenmann und Kampfgenosse“ Vietsch diese Dro-
hung nicht wahr machen konnte, ist das Verdienst meines Ver-
teidigers Dr. Schwerin-Waldenburg.

Besondere Veranlassung zu diesem Schreiben — einem Akt der
Notwehr — gab mir die Tatsache, daß Vietsch mit her an ihm kaffam
bekanntem „bejehenden Ari“ wiederum bemüht ist, dem zitierten
Passus Eures Berichtes eine mich belastende Lesart zu geben. Er
ist bemüht, eine kulturpolitische Angelegenheit des Verbandes, wie sie

der Prozeß unzweifelhaft darstellt, in den Niederungen persönlicher
Differenzen und mittels des Verbandsapparates abzuwürgen, um der
revolutionären Opposition ein Argument zu nehmen.

Gerade dieser Prozeß gab, wie die Verhandlungen erster und
zweiter Instanz zeigten, dem Verband die seltene Gelegen-
heit, die päpstliche Kulturreaktion schamlos, sich selbst entlarvender
Heuchelei im Kampfe gegen uns Gottlose und Freidenker zu über-
führen. Diese Gelegenheit ließ die Verbandsbürokratie unbenuzt, weil
— ja weil nicht mehr der Kampf gegen das Konordat auf der Tages-
ordnung steht, sondern die Frage: Wie erlange ich den besten Füh-
rungsnachweis, um des „Körperschaftsrechtes“ für würdig erlannt
zu werden. Wie rasch sich doch die Zeiten: als Spiegelbild politischer
Interessenkorruption, verändern. 1929 sangen wir „Trommler“ im
Auftrage des Verbandes: „Keinen Pfennig mehr den
Pfaffen!“ Und heute, 1930, ist das Konordat für die Verbands-
bürokratie bereits eine Selbstverständlichkeit geworden.“

Rundfunk-Programm

- Donnerstag, 4. Dezember.
- 9.05: Schulfunk: Wädel, lerne was!
 - 12.35: Wirtschaftliche Voraussetzungen für gewinnbringende Ge-
flügelhaltung.
 - 15.30: Kinderstunde: Wir und die Tiere.
 - 16.00: Lieber vom Rhein. (Schallplatten).
 - 16.30: Das Buch des Tages: Müllbüchlein.
 - 16.45: Berühmte Cellisten. (Schallplatten).
 - 17.30: Reg.-Nat. Vokal Dr. Giekmann: Als Zeuge vor Gericht.
 - 17.50: Landgerichtsrat Dr. Jabejohann und Dr. Jabejohann: Richter
und Gerichtsberichterhalter.
 - 18.20: Frau Hüner: Organisationsgedanke und Gewerkschaft.
 - 18.45: Heitere Abendmusik der schlesischen Philharmonie. Rein-
hardt — Kollo.
 - 19.45: Rechtsanwält Dr. Bandmann: Das Recht des täglichen
Lebens.
 - 20.10: Orchesterkonzert des schlesischen Philharmonie.
 - 21.10: Aus Berlin: Berlin — letzte Ausgabe. Hörspiel von E. Lerner.
 - 22.35: Klavier von Oswald Trüblich: Über Schnee, viel Schnee
müß kommen.
 - 22.45: Aus Köln: Letzte Stunde des Kölner Sechstagerrennens.
 - 23.15: Berlin: Tanzmusik.

- Freitag, 5. Dezember.
- 15.25: Schulfunkvortrag für Lehrer.
 - 15.40: Praktischer Nachmittag: Wir baden Pfefferkuchen. — Küchen-
zeile. — Rezept.
 - 16.05: Unterhaltungskonzert.
 - 16.30: Das Buch des Tages: Technik.
 - 16.45: Unterhaltungskonzert.
 - 17.15: Junge Dramatiker: Ernst Baumeister — Julius Maria Weder
— Warm Ziele. (Rezitation).
 - 17.50: Unterhaltungskonzert.
 - 18.50: Pastor Münster und Rudolf Wirtz: Siebzig Jahre Bres-
lauer Stadtmision.
 - 19.15: Ministerialrat Hans Goslar: Sebn Jahre Preußische Ver-
fassung.
 - 19.35: Ungarische Volksmusik. (Schallplatten).
 - 20.15: Rechtsanwält Dr. Bandmann: Das Recht des täglichen Lebens.
 - 20.40: Pno. Jol. Schwarz (Klavier), B. Schwarz (Violine), Worte
von Debussy, Chopin, Rachmaninoff, Cui, Tschaikowski, Granados
Arensler, de Falla, Kreisler und Nicolajew.
 - 21.45: Dr. Reille: Bild in die Zeit.
 - 22.30: Reichstagschrift. Wiederholungs- und Diktatstunde.
 - 23.00: Breslau: Die Tönende Wochenchau.

Städt. Theater. Sylvester Schäffer wurden bei der Premiere
ganz außergewöhnliche Ovationen dargebracht. Auch das übrige
Programm erregte allgemeine Bewunderung.

Verantwortlich für den politischen Teil: Ernst Schneller, Berlin; für den
übrigen Teil: Ernst Bollwetter, M. B. L. Breslau. — Für Inserate:
Karl Gansboef, Breslau.

Waldenburger Bergland

Die Rothenbacher Reichsbannerkameraden sind es satt

noch länger Beschützer des Geldsacks zu sein

Rothenbach. Am Sonntag, dem 30. November, fand in Rothenbach die mit großem Lärm angeordnete Reichsbannerwerbungsversammlung statt. Trotz Auskaltung füllten nur wenige ihrer Mannen den Saal. Das Referat: „Wer sind die Totengräber der deutschen Republik“ hielt Gausvorsitzender Czner, Dirschberg. Da unsere Genossen zahlreich erschienen waren, ließ er demagogischerweise die SPD. ziemlich unbeschäftigt. Er konnte sich jedoch nicht verhehlen, zu sagen, daß die SPD. nur einzig und allein den Kampf gegen die SPD. führt. Das ergab darauf eine angeregte Diskussion. Eine Reihe unserer Genossen wies ihm klipp und klar nach, wer die eigentlichen Verpflichteten der Einheitsfront der Arbeiter sind. Auch die Reichsbannerkameraden brachten in Folge der zugefügten Page ihre Meinung unverblümt zum Ausdruck, daß sie nicht mehr länger gewillt sind, Schutztruppe der Kapitalisten zu sein.

Diese Rebellion seiner eigenen Anhänger brachte den Referenten derartig in Wut, daß er dann im Schlusswort an Kommunistenbege nachfolte, was er im Referat „vergesen“ hatte. Ganz nach Art der allerbesten Antisowjetisten fing er an gegen alles, was nur irgendwie mit dem Kommunismus zusammenhängt, loszuwettern. Das besam ihm aber nicht. Es entstand eine allgemeine Empörung, und diese führte zu tumultuariischen Szenen.

Einer unserer Genossen sprang auf und verteidigte Sowjetrußland unter der Begeisterung aller Anwesenden gegen den Weltimperialismus. Er zeigte auf, daß die Einheitsfront der russischen Arbeiter Sammlungen veranstaltete, und am Tage des Industriepartei-Prozesses der russischen Roten Armee 87 Bombenflugzeuge überreichen konnte zur Abwehr aller imperialistischen Feinde. Das Schlusswort des Referenten endete daher nur mit einem mehr als schmachhaften „Frei Heil“ und wurde von braulenden „Rot Front“-Rufen überdrt. Ein Beweis, daß sich die Rothenbacher Arbeiter immer mehr in die rote Einheitsfront einreihen, ist, daß einige Arbeiter am Schluß der Versammlung an unsere Genossen herantamen und die „Arbeiter-Zeitung“ bestellten.

Vom Juliussticht

Waldenburg. Im Tagebetrieb der 52. Abteilung werden vom Hilfsarbeiter Fritz Sandler neuerdings Praktiken angewandt, die ihm so schnell wie möglich abgemerkt werden müssen. Dieser Kerl brachte es fertig, am 24. November dem 19-jährigen Tagearbeiter Pielischer mutwillig ein Bein zu stellen, so daß Pielischer lang hinfiel. Durch diesen Witz konnte Pielischer leicht verunglücken. Ein anderer hätte dem Sandler ein paar geklebt, so ist er aber um die Ohrfeigen gekommen. Wir wollen hoffen, daß Sandler sich bessert, im anderen Falle gibt es ja noch Mittel, solche Kerle zur Räson zu bringen, das mag er sich gesagt sein lassen.

Niederschlesien

Der Kampfbund und die Partei marschieren

Terrormassnahmen gegen unsere verhafteten Genossen

Görlitz. In dem großen Saal der Aktienbrauerei sprach am Montag, dem 1. 12., der Reichstagsabgeordnete Genosse Heud. In seinen Ausführungen ging er besonders mit den Verlogenheiten der nationalsozialistischen Propaganda und ihrer Führer ins Gericht. Ebenso prangerte er die sozialdemokratischen Führer gehörig an. Von den sozialdemokratischen Arbeitern, so erklärte der Genosse Heud, trennt uns nichts, sie werden genau so in der Niedergangperiode des Kapitalismus Opfer der heutigen Gesellschaftsordnung, wie die kommunistischen und parteilosen Arbeiter. Auch bei ihnen besteht unzweifelhaft der Wille zur Befreiung des Proletariats von der Geißel des Kapitalismus. Von der Ausführung werden sie nur abgehalten von der Führerschaft der SPD., die sich längst von der Arbeitermasse getrennt und losgesagt hat.

In der Diskussion meldeten sich trotz wiederholter Aufforderung politische Gegner nicht. An neuen Mitgliedern traten der SPD. 25, dem Kampfbund gegen den Faschismus 13 bei.

Im weiteren Verlauf der Versammlung entstand eine ungeheure Erregung, als Genosse Heud im Schlusswort auf die hier inhaftierten Genossen zu sprechen kam, und dabei die Methoden bekannt gab, mit denen hier von der Krim „gearbeitet“ wird. Wir haben darüber bereits berichtet. Aber inzwischen ist eine weitere Verschärfung eingetreten. Diese mittelalterlichen Methoden, Geständnisse herauszulocken, haben bereits dazu geführt, daß ein Verhafteter sich mit dem Kopierstift die Augen verborben hat, und er infolgedessen wahrscheinlich das Augenlicht verlieren wird.

Die Versammlung beschloß die Absendung eines Telegramms an den Justizminister, in dem gegen diesen Terror Protest erhoben wird. In einer weiteren Entschliessung fordert die Versammlung die Freilassung der Inhaftierten und die sofortige Abberufung des schuldigen Polizeikommissars sowie der dafür verantwortlichen Justizbeamten.

Die Arbeitererschaft von Görlitz darf es nicht bei diesen Protesten bewenden lassen. Es muß gegenüber diesen Foltermethoden noch eine andere Antwort erteilt werden, und die muß in einer sofort durchzuführenden Tat bestehen.

Die Winterkampagne der Roten Hilfe steht auf der Tages-

Nieder-Elzbrunner Arbeiter, aufgepaßt!

Der hiesige Sportverein Elche ehrte am Sonntag im Vereinslokal fünf seiner Mitglieder ihrer 10-jährigen Mitgliedschaft wegen. Darüber wäre an sich weiter nichts zu sagen, aber wie die Ehrung unter reformistischer Leitung ausfällt, soll hier einmal aufgezeigt werden. Jeder der Jubilarer erhält eine nichtslagenbe Gipsfigur, Stüd 5 Mark, Summa 25 Mark. Dabei weiß kein Mensch, was diese Figur vorstellen soll, es hat den Anschein als sei es Nepomuk von der Oberbrücke. Ein bürgerlicher Klisché ganz im Sinne Gellers und Co. In einer vorher tagenden Vorstandssitzung prangerte ein oppositioneller Sportgenosse schon diese Art Ehrung gehörig an. Der Verein ist finanziell so gesteuert, daß es nicht auf eine vierte Winterjahre reicht. Bei jedem Spiel kann man die Sportgenossen hören: Wann wird es auf eine vierte Fahne reichen? Wir glauben nicht, daß der Vorsitzende Wille (SPD.) so den Verein einer Besandung entgegenführen wird.

Sportgenossen! An euch liegt es, darüber zu wachen, was mit euren Beitragsgrößen geschieht. Arbeiterpartei erkennt, daß so eine Führung niemals eure Interessen vertreten kann. Sie „arbeiten“ im Auftrag derer, die jeden oppositionellen Sportgenossen als Spaltpferd bezöhen, um auf diese Weise den Sport vollständig zu verbürgerlichen. Hinweg mit derartig bürgerlichem Klisché!

Schweidnitz

Verstärkte Ausbeutung und Prügel

Leber- und Handschuhfabrik Scholz-Schweidnitz

Eine der äbsten Bruchbuden ist die Handschuhfabrik Scholz, eine wahre Lehrlingszuchanstalt. Dort arbeiten 40 Lehrlinginnen und 15 Lehrlinge, aber etwa zwanzig andere Arbeiter. Die ganzen Jugendlichen werden einer furchibaren Antreiberei ausgesetzt. Schuften und Schuften für lärglichen Lohn ist die Parole. Jungarbeiter, die nur einen Wochenlohn von 5 (fünf) Mark erhalten, müssen dafür noch in der kurzen Mittagspause den Hof lehren. Einer der Jungarbeiter, der mit Recht auf seiner Mittagspause bestand, weigerte sich, den Hof zu lehren. Er wurde mit Ohrfeigen mißhandelt. Als ganz besondere Strafe müssen diejenigen, welche dem Antreiber die Woche über „aufgefallen“ sind, Sonnabend nachmittags, nach Betriebschluß, Strafarbeit verrichten. Auch über die Haarlänge seiner Arbeiter bekümmert sich Scholz. Der reformistische Betriebsrat liegt im Winterschlaf. Wir werden auf diese Bruchbude das nötige Augenmerk richten.

Schämt ihr euch nicht, Aron-Proleten?

Die Schweidnitzer Aron-Werte, bekannt dadurch, daß die Wertschaft drauf und dran war, den Berliner Kollegen in den Rücken zu fallen, entwickelten sich mit der Zeit zum Schandfleck in Schlesien.

Tausende Erwerbslose in Schweidnitz, Hunderttausende in Schlesien. Was kümmert dies die reformistischen Betriebsräte der Aron-Werte. Eine maßlose Ueberstundenschleierei ist eingeritten und gearbeitet. An der Spitze marschiert der Renegat und Pöbeljäger Köhner. Schämt ihr euch nicht. Müht ihr es überhaupt zu antworten. Herr Gieseler, die rechte Hand des Renegaten Gieseler, stellt die Kollegen vorher ein, und dann läßt er hinter verschlossene Türen nur die eingefesteten Betriebsräte abstimmen. Nur zwei Worte gegen die maßlose Ueberarbeit. Ach, es ist ja so herrlich, Doppelverdiener zu sein, und mit der Frau zusammen 70 Mark die Woche zu verdienen. Was kümmert sie die Not der Erwerbslosen. Jedenfalls, wir werden diese Woche den Aronproleten klar machen, daß sie Schluß machen müssen mit einer derartigen Betriebsverteilung. Aron-Proleten, schämt ihr euch nicht vor den 1600 Erwerbslosen in Schweidnitz?

Striegau

Die Auswirkung der Tabaksteuer

Die vom Reichsrat beschlossene neue Tabaksteuererhöhung, die rund 280 Millionen Mark aufbringen soll, bedroht nicht bloß die Tabakarbeiter und -arbeiterinnen, die in diesen Städten des Reichs bereits geländigt wurden, sondern ebenso auch weite Kreise der Mittelstände.

Auch für Striegau bedeutet die Steuer einen schweren Schlag. Die einzige hier noch bestehende Zigarrenfabrik, die noch im gefahr 70 Personen beschäftigt, wird in ihrer Existenz durch die Steuer bedroht. Der Fabrikant hat bereits erklärt, daß er im Fall der endgültigen Annahme der Steuer den Betrieb schließen muß. Um das zu verhindern, haben die Arbeiter gemeinsam mit dem Unternehmer beschloffen, noch einen letzten Versuch bei der Regierung zu unternehmen, um die Stilllegung zu verhindern.

Die Stilllegung würde die Arbeitererschaft und ebenso den Mittelstand vor allen Dingen bedroht, besonders hart treffen, weil schon die umfangreiche Stilllegung in der Steinindustrie eine tiefgreifende Erwerbslosigkeit in der hiesigen Gegend erzeugt hat.

Die Hoffnung der Arbeiter auf die oben erwähnte Aktion wirkt sich allerdings als trügerisch erweisen. Dabei sollte die Arbeitererschaft auch nicht außer acht lassen, daß es sehr wohl möglich ist, daß der Fabrikant auf diesem Wege einen Lohnabbau in die Wege leiten will.

Die Arbeitererschaft wird sich daher darüber klarwerden müssen, daß irgendwelche Bettelaktionen bei der Regierung nicht der richtige Weg ist. Wenn sie irgend etwas erreichen wollen, dann wird dies nur möglich sein, wenn sie dafür Sorge tragen, daß eine gemeinsame Front aller Arbeiter von Striegau hergestellt wird. Darüber hinaus muß auch dahin gewirkt werden, die kleinen Geschäftskreise für den Abwehrkampf zu mobilisieren.

Sagan

Berichtigung. In der Nummer 278 der „Arbeiter-Zeitung“ vom Sonntag, dem 23. November, unter der Ueberschrift: „Alle standrechtlich erschießen“, ist ein Fehler unterlaufen. Es sei hierzu bemerkt, daß es sich hierbei nicht um den Kaufmann Art, Freyhofstraße, sondern um den Kaufmann Art, Ederstraße, handelt. Es zirkuliert ein Stadtgespräch, der Gastwirt Fritz Wittig, Sorauer Straße, habe anlässlich einer im Schillergarten von den Nazis stattgefundenen öffentlichen Versammlung um Schluß bei einer Zellerksammlung zehn Mark für diese gespendet. Gastwirt Fr. Wittig erklärt: „Dieses ist erlogen. Wohl war er in einer dieser Versammlungen, hat aber keinerlei Geldspende gegeben. Weiter erklärte er, jeden zu belangen, der sein Gehör zu schänden versucht, da er sich nicht mit dieser Partei identisch erklärt.“

Bürgersteuer in Liegnitz

zwangsweise eingeführt

Satt tausend Ermittelte

Liegnitz. Der Regierungspräsident in Liegnitz hat mit Zustimmung des Bezirksausschusses für die Stadtgemeinde Liegnitz die Erhebung der Bürgersteuer auf dem Wege der Verfügung angeordnet, nachdem die Stadtorordnetenversammlung in ihrer letzten Sitzung die Einführung der Bürgersteuer mit knapper Mehrheit abgelehnt hatte.

Liegnitz. Im Monat November waren in den städtischen Ermittelten-Quartieren insgesamt 230 Familien mit 929 Köpfen untergebracht, davon im Illagerhorst 124 Familien mit 539 Köpfen.

Zwei Meldungen von einem Tage. Beide haben miteinander nichts zu tun. Aber, daß sie am gleichen Tage herauskommen, macht uns das Kommentieren beider sehr leicht.

Ungefähr tausend Menschen hat man irgendwo untergebracht, denn es ist immer noch

verboten, im Freien oder unter Brückenbogen zu kampieren — nach zwar sowohl für Militäre als auch für Bettler; es darf das also auch der sozialdemokratische Regierungspräsident nicht.

Zweihundertdreißig Familien hat man — ermittelt — man schreibt nicht, obwohl man doch sonst so für das Deutsche ist, zweihundertdreißig Familien mit 929 Köpfen, darunter sogar einige hundert Kinder, wurden zwangsweise in Zwangsquartiere untergebracht.

Man schreibt — ermittelt —, das klingt besser. Diese

Ermittelten haben jetzt vor den übrigen Liegnitzern eines voraus. Sie brauchen nicht zu warten, bis der Regierungspräsident sie unter seine Diktatur genommen hat. Sie standen schon unter seiner Krute. Billigell beleuchtet das Zusammentreffen dieser zwei Meldungen, wie „herrlich weit“ wir es unter Hindenburg und seinen dienstbesessenen sozialfaschistischen Lakaien gebracht haben. Ermittlern, stempeln gehen, Plünderarbeit machen, das sind so die wichtigsten Merkmale dieser Herrlichkeit. Trotzdem wagen es heute noch die SPD-Führer zu sagen: Diese Republik, die sollen die Arbeiter verteidigen, die sollen sie weiter durch mehr Hunger ausbauen, damit weiter ermittelt werden kann, um Hühne für die Satten, für Schieber, Ausbeuter und ihre Lakaien.

Arbeiter von Liegnitz! Wie lange wollt ihr diese Schmach noch dulden! Heranz zum Kampf. Mobilisiert die Werkstätten, gliedert sie ein in die Front des roten Klassenkampfes, damit die Stunde möglichst bald kommt, wo es an euch sein wird zu ermitteln!

Liegnitz

Der Kampfbund marschieren

Die hier am Freitag stattgefundenen öffentliche Versammlung zum Kampf gegen den Faschismus war gut besucht. Der Genosse Reimann-Breslau hielt ein beifällig aufgenommenes Referat über Sinn und Zweck des Kampfbundes. Er zeigte das ständige Anwachsen der faschistischen Gefahr klar und eindeutig auf und betonte, daß es Aufgabe der Arbeitererschaft sei, dieser Gefahr viel mehr als bisher Aufmerksamkeit zuzuwenden. Jeder Klassenbewußte Arbeiter, der diese Gefahr Gelegenheit hat alle Tage zu beobachten, sei auch verpflichtet, sich dem Kampfbund anzuschließen. Der Erfolg des Referates war, daß 11 ihren Eintritt erklärten.

Im Anschluß daran berichtete noch der Genosse Müller über den Reichkongreß der werktätigen Frauen, was ebenfalls mit großem Interesse entgegengenommen wurde.

Liegnitz. Die Arbeitererschaft ist daran interessiert: Aus welchem Grunde hat man bei dem Warenhaus „Gape“ den Ausschank von Kaffee verboten? Wie wir hören, soll er zu billig sein für 10 Pfg. bzw. Preisbuch für Kaffeehäuser. Die Erwerbslosen und Notleidenden finden das als eine große Härte, wenn man die Buchpreise der anderen Geschäfte nach schätzt, wo man auf der anderen Seite von Preisabbau haselt!

Freitag, den 5. Dezember, 20 Uhr, im Sommertheater Proletarischer Abend der Musikvereinigung. Eintritt 80 Hg.

Sonabend, den 6. Dezember, öffentliche Versammlung in Waldau. Referent Meyer. Die Radfahrer von Bielefeld und Bietrum treffen sich um 1/2 7 Uhr am Hedwigplatz.

Massensturm über Schlesien

An alle Ortsgruppen und Zellenleitungen!

Die neuen Notverordnungen der Weimarer-Regierung bedeuten eine weitere unerhörte wirtschaftliche Belastung der werktätigen Massen. Es beginnt die Periode der offenen faschistischen Diktatur. Die dringenden Aufgaben der Parteiorganisation sind:

1. In allen Ortsgruppen müssen sofort für einen der nächsten Tage Demonstrationen oder öffentliche Versammlungen vorbereitet werden.
2. Die Zellenbereiter bereiten Delegatensammlungen vor.
3. Die Fraktionen in Massenorganisationen beraten unverzüglich die Maßnahmen zur Mobilisierung der Gewerkschaftskollegen, Freiberufler, Sportler usw.

4. Die Erwerbslosenfraktionen respektive Ausschüsse halten sofort in den Stempelstellen Erwerbslosenversammlungen als Protestkundgebungen gegen die Notverordnungen ab.
5. Die Ortsgruppenleitungen berufen schnellstens eine Sitzung mit den Leitungen der beständigsten Organisationen ein (NSD., Freiberufler, Rote Hilfe, JAG., Kampfbund gegen den Faschismus), um gemeinsam mit diesen Organisationen die Mobilisierung der breitesten Massen zu beraten.

Schlusssbemerkung: Nähere Anweisungen ergeben durch Ausdrucken.

Bezirksleitung Schlesien der KPD. (Sekretariat).

Empfehlenswerte Geschäfte in Niederschlesien

Görlitz

Die bevorzugten **Rüdiger - Gaststätten** bieten jedem das Beste!
Berliner Straße 32 · Brüderstraße 1 1411

Albert Matzke, Fischmarkt 2/3
Lederlager für Saffier und Schuhmacher 1887

Görlitzer Bürgerbräu
in Qualität unübertroffen!

Ihre Einkäufe Gut und billig nur im
KAUFHAUS ZUM STRAUSS
GUDOLPH KARTHAUS & CO. GÖRLITZ 1410

Elektro-Montage-Gesellschaft m. b. H., Berliner Str. 26
Preiswert: Radio, Beleuchtungskörper, Elektrische Anlagen 1546

Landeskron-Drogerie, Max Eckart, Landeskronstr. 20
Lack- und Farbfachmann 808

Wäschehaus HERMANN JUNGE, Marienplatz Nr. 6
gegenüber dem Dicken Turm
Bettwäsche / Tischwäsche / Leibwäsche / Trikotagen / Wollwaren
kleider- und Wäschestoffe / Gardinen 1285

Landkron-Bier
IMMEREINGENUSS 1292

Die besten Röstkaffees sowie alle Kolonialwaren, Weine, Liköre, Zigarren u. Zigaretten, kaufen Sie in nur ersten Qualitäten preiswert und am vortheilhaftesten bei
6 Prozent in Marken
Alfred Klingenberg
Komm.-Ges.
Berliner Str., Ecke Hospitalstr.
Elisabethstraße, Ecke Klosterstr. 1237

Theodor Wagner, Drogenhandlung
Weberstraße, Ecke Beckerstraße 1024

Eduard Bischoff, Elisabethstraße 14/15
Uhren, Gold- u. Silberwaren — Reparaturwerkstatt 1029

Elisabeth-Drogerie L. Heinemann
Elisabethstraße 11a, neben Knolle 1831

Max Bentlin Görlitz, Jakobstr. 33
Bandagen
Celbblinden / Gummistümpfe / Fußeinlagen
Lieferant aller Krankenkassen und Genossen/Cafés 1406

Bruno Schulze, Untermarkt 3
1404 Wäsche, Weiß- u. Wollwaren / Herren-Artikel

Rofenthal & Groß Ausschank:
Berliner Straße Nr. 15 (Felix Prilizer)
Großdistillation und Weinhandlung Peterstraße Nr. 4

RESERVIERT
Fritz Lange
Roßfleischerie
Nonnenstraße Nr. 5 1408

Damen-Frisier-Salon **K. GRIEGER**
Brüderstraße 16 1314

SÄMEREIEN
Alfred Frenzel Nachf.
Elisabethstraße 17 1517

Kommen Sie in die **Reichs-Apotheke, Moltkestraße 9**
Sie sparen viel Geld bei Ihren Einkäufen
Versich. aller Krankenkassen erhalten
weitgehendstes Entgegenkommen! 1878

Spezial-Betten-Inlettgeschäft
B. SCHOLZ, Kriechelstr. 8
Ruf 3331
Moderne Bettenreinigung 1518

E. Buder
Kolonialwaren
Lebensmittel
Rothenburger Str. 11 1825

Hüte, Mägen, Pelze
preiswert, reell
Felix Hensel
Große Kirchstraße 16 1471

Butter, Eier, Käse
Heinrich Scholz
Hospitalstraße 4 2094

Eduard Temler
Sanitäts-Gummi-
waren-Geschäft
gegr. 1893
Damenbedienung
Brüderstraße 5 2088

G. Sittas
Nikolaistr. 11
Prager Str. 3
Mehrfach-Produkte
Lebensmittel 1291

L. Klimm
Bautzener Str. 41
Lebensmittel 1828

E. Stöcker
Bautzener Str. 10
Fleisch-
und Wurstwaren 1811

**Spezialgeschäft für
Fleisch- und
Räucherwaren**
P. STACHE
Landeskronstraße 15 1609

Max Engemann
Landeskronstr. 25
Fleisch
und Wurstwaren 1507

Fr. Kujau
Görlitz
Konsulstraße 35
Fleisch-
u. Wurstwaren 1879

RESERVIERT
G. MENZEL
Görlitz, Apothekergasse 2
Reibschneiderei 1407

ERNST SEIDEL, Demianiplatz 19/20
Fahrräder — Nähmaschinen — Große
Auswahl — Reparaturwerkstatt 1682

LOWEN-DROGERIE
Herbert Lange
Weberstraße 12, Ecke Elisabethstraße 1930

DROGEN — PARFUMERIEN
Apotheker Felix Neuberger
Mittelstraße 7 2027

RESERVIERT
**Teilschlacht Damen, Herren u. Kleider-
Konfektion**
OPITS & TROPICKE
Jakobstr. 16, Ecke Bahnhofstr. 2096

Auf Teilschlacht! Cardorbe für Herren
und Damen / Möbel und Polsterwaren
I. BRUCK, Hauptstraße 2, part. 2097

Café SENFTLEBEN, Sohrstr. 9
Konditor
Bäckerei 2080

RESERVIERT
Strehlen
Lebensmittelhaus
Gebr. Steiner 1248

P. HERZMANN
Weiß-, Brot- und Feinbäckerei
Bautzener Straße 51 1512

Sanitäts- und Bandagengeschäft
J. ERHARDT
Hospitalstraße 43 1414
Lieferant sämtlicher Berufs- und Krankenkassen

Reibschneiderei
GUSTAV LANGE
Schwarzenstraße 1 1402

Reserviert

FEISENKELLER
Sommerstraße 5 1405
Verkehrskol der Arbeiterschaft

DESTILLATION / WEINHANDLUNG
F. USEMANN
10 Weberstraße 10 1280

RESERVIERT
Landeskron - Brauerei - Ausschank
Inh.: F. Nopper 1922

WASCHE-FRENZEL
Schulstraße 7 (an der Berliner Straße) 1926

Lebensmittelhaus GRUBER
Bautzener Straße 57 1928

Kauft Fahrräder u. Ersatzteile nur bei
THEODOR DÜRSEL, Obermarkt 1-2 1688

ERNST SEIDEL, Demianiplatz 19/20
Fahrräder — Nähmaschinen — Große
Auswahl — Reparaturwerkstatt 1682

LOWEN-DROGERIE
Herbert Lange
Weberstraße 12, Ecke Elisabethstraße 1930

DROGEN — PARFUMERIEN
Apotheker Felix Neuberger
Mittelstraße 7 2027

Auf Teilschlacht! Cardorbe für Herren
und Damen / Möbel und Polsterwaren
I. BRUCK, Hauptstraße 2, part. 2097

Café SENFTLEBEN, Sohrstr. 9
Konditor
Bäckerei 2080

RESERVIERT
Strehlen
Lebensmittelhaus
Gebr. Steiner 1248

E. HERRMANN
Leinen- und Baumwollwaren
Bettfedern, Bettfedernreinigung
Berliner Straße 57 1460

Willi Mühle
Bäckerei
Café und Konditorei
Breite Straße 49 1407

Feinbäckerei
empfehlen
Reinhard Holinski
Holzmarktstr. 9 1401

**Grünberger Speditions-
gesellschaft m. b. H.**
Spedition / Möbeltransport / Kohlen 1940

GEORG APT
Fruchtsaftpresserei, Likörfabrik
Wein- und Zigarrenhandlung
FRAUSTADT / MARKT 17
Telephon 66 1920

MÖBEL
kauft ihr preiswert bei
OTTO SCHULZ, Burgstr. 17 1047

Brot- u. Feinbäckerei
Gustav Helbig
Breslauer Straße 18 c 1608

**Trinkt Grünberger
Bergschloß - Biere** 1896

„Einnehmendes Trunkenwelen, los und
in Flaschen, zu bekannt billigen Preisen“
ALBERT PIRKE
Obstweinkultur und Weinhandlung
Burgstraße 3 / Versand nach allen Orten! 1970

Preiswert und gut
kauft ihr
Möbel, Teppiche
Kinderwagen bei
Max Spingarn
Zweichelstr. 3 1919

PAUL GÖTZE Tel. 88
Weine, Spirituosen, Tabakwaren
Wein- und Bierstuben 1478

Fritz Baumgart
Mehrfach-Erzeugnisse
Berliner Straße 1
Telephon 737 1587

ELTWI
Installationen, Apparate
Beleuchtungskörper, Niederstr. 12 1650

W. ZILLMER
Pose Nachf., Niederstraße 23
reinigt, färbt,
wäscht, plättet alles 1972

RESERVIERT
Strehlen
Lebensmittelhaus
Gebr. Steiner 1248

R. PHILIPP
Wäsche u. Trikotagen, Holzmarktstr. 26 1671

Herbert Schellenberg
Kolonialwaren
Lebensmittel
Breslauer Str 10 c 1598

Modehaus Guffeld
Breite Straße 3 1675
Ist Ihre beste Einkaufsquelle

GUSTAV STAUB
Beste Bezugsquelle
für
Woll-, Weiß- und Manufakturwaren
Berufskleidung 1932

S. FRANKENSTEIN & CO.
Wollwaren, Wäsche
Trikotagen, Herrenartikel 1534

W. GRAU
Damen-Konfektion
Aussteuer-Waren
Kleiderstoffe preiswert und gut 1673

Reinhard Jaekel
Kolonialwaren
Lebensmittel
Breslauer Str. 25 d 1608

**Biochemie
Diätetik**
Richard Mattern
Lessener Str 48 1674

AUG. GÜRNTH, Breite Straße 1
Seit 30 Jahren bekannt als reell
und billig 1970

RESERVIERT
Strehlen
Lebensmittelhaus
Gebr. Steiner 1248

AD. WUNDERLICH
Spielwaren aller Art / Haus- und
Küchengeräte / Geschenkartikel
RING 26 1677

**Worst- und Fleischwaren
Frühstückstische**
Wilhelm Heptner
Niederstraße 10, 11 1680

Otto Fiedler
Niedertorstraße 17
Hüte, Mägen, Pelzwaren
Billigste Bezugsquelle 1596

Stadtparkasse Grünberg i. Schl.
mit Bankabteilung 1581

RESERVIERT
Strehlen
Lebensmittelhaus
Gebr. Steiner 1248

**Inserate in unserer Zeitung
haben guten Erfolg!**

Die Justiz kann auch milde sein

Arbeiterdenunzianten als Sittlichkeitsverbrecher finden Gnade vor Klassenrichtern und bekommen auch wieder Arbeit

Langensl. Wie erinnerlich, ist man vor einiger Zeit in der Arbeitergemeinde Langensl. bei Lauban einem skandalösen Sittlichkeitsverbrechen auf die Spur gekommen, in das ein frommer Streiter Gottes verwickelt war. Der Tischler Robert Petermann, bekannt als christliches Muster und Denunziant, dessen großes Verlangen stets war, Kollegen aus der Arbeit zu bringen, hat seit Jahren mit seiner eigenen, noch nicht 17jährigen Tochter Blutschande getrieben. Er hatte sich deshalb vor dem Gericht zu verantworten. Wer nun geglaubt hat, daß diesen fortgesetzt schweren Verbrechen, begangen am eigenen Kinde, auch eine ebenso schwere Strafe folgen würde, der hatte sich gewaltig getäuscht.

Ganze sieben Monate Gefängnis erhielt dieser Bursche, und ist inzwischen, nachdem er vier Wochen Untersuchungshaft verbüßt hat, wieder auf freien Fuß gesetzt worden, da man ihm für den Rest der Strafe (6 Monate) — Strafaussetzung gemahnt hat.

Es müssen einflußreiche Männer innerhalb der Gemeindeförperschaft vorhanden sein, die beim Gericht usw. gut für diesen Burschen vorarbeiten haben müssen, denn ganz Langensl. schüttelt die Köpfe über ein derartiges „Urteil“, das fast wie eine Ermüdung zu weiteren Kinderschändungen anzusprechen ist. Dieser „würdige“ Mitbürger ist sofort wieder in seine alte Arbeit eingestellt worden, während einige Hundert ehrliche Proleten auf dem Straßenpflaster liegen. Wir sehen also, daß dieser Bursche es versteht, durch Schmus und Schmeichelei sich überall bei der oberen Klasse beliebt zu machen. Dieser Bursche geht stolz wie ein Spanier daher, im vollen Bewußtsein, daß ihm nichts passieren könne; er fühlt sich noch als Held oder als jemand, der ein großes Werk vollbracht hat. Die Frechheit dieses Subjekts geht sogar so weit, daß er einem Mädchen gegenüber äußerte, „da bin ich unschuldig in eine Sache hineingeraten, für die ich nichts kann.“ Festgestellt muß auch ferner werden, daß das sittlich gefährdete Mädchen immer noch diesem Wüstling überantwortet ist. Es wurde ferner von „dieser Fierde“ unserer Gemeinde“ anlässlich seiner milden Verurteilung eine mächtige Freudenfeier veranstaltet, wo bis nach Mitternacht gejubelt und gegrölt

wurde, so daß sogar Leute aus dem Schlafe geweckt wurden. Es liegt die Vermutung nahe, daß auch unser stromer Konföderats-Sozialdemokrat und Gemeindevorsteher sich mit für diesen Burschen verstreiten braucht. Wie gesagt, das sind Gerüchte, die man sich hier ins Ohr flüstert. Jedenfalls ist die Bevölkerung am Orte bis hinein ins Bürgertum voller heller Empörung gegen dieses milde Urteil.

Arbeiter von Langensl! Nur die Kommunisten führen gegen dieses Geschehenseinen rücksichtslosen Kampf; darum hinein in die kommunistische Partei, lest die „Arbeiter-Zeitung“.

Abrechnung mit den Verrätern und Renegaten in Münsterberg

Vor dicht besetztem Saale sprach am vergangenen Donnerstag unser Genosse Wollweber in Münsterberg in einer von der Partei einberufenen öffentlichen Volksversammlung. Genosse Wollweber referierte über das Thema: „Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage in Deutschland und die Aufgaben der werktätigen Bevölkerung.“ — Schöningstlos entlarvte er diejenigen, die die Schuld an der ganzen Misere des gegenwärtigen Wirtschaftslebens haben, und erntete außerordentlichen Beifall, als er die verräterische Rolle der sozialdemokratischen Führer gegenüber den Werktätigen an Beispielen brandmarkte. Renegat Pielisch, der sich sonst so stark in Münsterberg gefühlt hat und der es bis in die letzte Zeit hinein noch fertig brachte, Stimmungsmache für einen Saalbojott gegenüber unserer Partei zu entfachen, hat in dieser Versammlung die beste Quittung erhalten, indem man sich von ihm absonderte. Er stand allein auf weiter Flur! Seinen Verräterdarüber glaubte er in persönlichen Polemiken gegenüber unserem Genossen Wollweber Luft machen zu können. Unter allgemeinem Beifall gab Genosse Wollweber dem Renegaten Pielisch die richtige Antwort, zumal er sich als einziger Diskussionsredner als das entpuppte, was wir schon immer vorausgesagt haben. — Die Versammlung war für die Partei ein voller Erfolg. Beitrittserklärungen wurden abgegeben und Uebertrittserklärungen aus dem Lager Pielisch' folgten.

Strassenbahnerstreik in Chemnitz

In der Nacht vom 1. zum 2. Dezember haben die Chemnitz-Strassenbahner begonnen, die Arbeit niederzulegen. Am 2. Dezember wurde der Streik vollständig durchgeführt, nur wenige Wagen fuhr. Am Morgen hatten sich an den Strassenbahndepots Massenstreikposten aufgestellt, die sich auch von der Polizei nicht verdrängen ließen. Die Polizei setzte Überfallwagen ein. Die Streikbewegten der Strassenbahn, von denen der Magistrat Streikbruch erwartet hatte, haben zum großen Teil diese Streikbrucharbeit geleistet.

Die Chemnitz-Strassenbahner kämpfen unter Führung RSD. gegen den Dohna- und die Strassenbahner der anderen Städte, denen der Bahn abgebaut werden soll, müssen zur Waffe greifen.

Arbeiter-Kino, Margaretenstraße

Donnerstag und Freitag, 5 und 8 Uhr

Frauennot. Frauenglück

Ein Film über den § 218, vom Werden des Menschen mit einleitendem Vortrag einer soz. Aerz. Ferner: Zeitprobleme — Frauensorgen
Die Todeszede von Hausdo
Erwerbslose bis 5.30 25 Pf. sonst 50 Pf.
Besucherkreis 50 Pf. sonst 70 Pf.

Jugend, verboten!

Weiße Hauchzähne. „Nach langem Suchen endlich das Richtige meine Zähne. Nach dreimaligem Gebrauch blendend weiße Zähne, trotz dem dieselben durch vieles Rauchen braun und ungesund waren. Ich werde nichts anderes mehr gebrauchen als Chlorodont“ W. Berg. Man verlange nur die echte Chlorodont-Zahnpaste, Tube 60 und 1 Mt., und weiße jeden Erfolg dafür zurück. **Vorfragspreis!**

Kinder-Mittwoch zu Sensationspreisen



Kinderbekleidung bis zu 60% ermäßigt!

Ein großer Posten Knaben-Anzüge und-Mäntel
Anzüge aus englisch gemusterten Stoffen, blauen reinwollenen Chevots und Kammgarn. Mäntel aus englisch gemusterten Flaueschen, zum Teil auch blaue Kieler Mäntel, für das Alter 5-12 Jahre, durchweg

Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV
7.90	9.75	14.75	18.50
7.-	9.-	14.-	18.-

Ein großer Posten Mädchen-Wollstoffkleider
zum Teil auch Waschamt. Hänger- und Gürtelform, einfarbig und gemustert, bis zu den feinsten Qualitäten, eine ganz seltene Gelegenheit, für das Alter 2-12 Jahre, durchweg

Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV
3.75	5.90	8.75	12.50
3.-	5.-	8.-	12.50

Ein Posten Seidenkleider mit u. ohne Arm für das Alter 10-16 Jahre, weit unter Preis

Petersdorf

Kinder-Strümpfe
Wolle plattiert, besonders haltbar Größe 1 65.-

Kinder-Hemd hose
wollgemischt, sehr strapazierfähige Qualität, Größe 60 90.-

Kinder-Hemd- höschen
Schlappertform, mit kunstseidener Decke, mit Klappe und Vollschul, Größe 40 135.-

Kinder-Trainings- anzug
marin, mit buntem reinwollenen Kragen, Brust- und Gesäßtaschen, für 4 Jahre 4.90

Kinder-Schweden- mützen
mit Plüsch, besatz, dick gefüttert 2.75

Kinder-Schlafanzug
steil, aus gestreiftem Flanell Größe 2 2.90

LIEBICH
Täglich 2 Vorstellungen 4.15 u. 8.15 Uhr
Beifallsstürme für **Sylvester Schäffer**
Nachmittags halbe Preise und Vo!programm
Tel. 348 46

Getragene Mäntel
für Herren und Damen von 4.- Mk. an
LeibhausGrundmann
Breslau
Treibnitzer Str. 21

Vereinigte Theater
Lobe-Theater
Von Montag, den 24. 11., bis Montag, den 1. 12. 20.15 Uhr
Cala
Schauspiel von Webefind
Sonntag, den 30. 11. 15.30 Uhr
Hanneles Himmelfahrt

Thalia-Theater
Von Montag, den 24. 11., bis Montag, den 1. 12. 20.15 Uhr
Das Konto X
Ein Stück in 3 Akten von Bernauer und Oesterreicher

Ortsgruppen! Straßenhändler!
Denkt daran, daß der Mittwoch der letzte Zahltag ist!
Wir sperren!
Die Verlagsleitung.

KA-HA
Rabattauszahlung 1930
Vom 8. Dezember 1930 bis 10. Januar 1931 findet die Einlösung der

8% KA-HA-
Rabattmarken statt.
Jede Marken-Ausgabe ist verpflichtet, sämtliche 8% KA-HA-Rabattmarken mit

8 Prozent
einzulösen, ganz gleich, wo selbige verausgabt wurden.
Die für das Jahr 1931 zur Ausgabe gelangenden KA-HA-Rabattmarken lauten wiederum auf 8%.

KA-HA-Rabattgemeinschaft im Eckke-Großhandel Breslau
c. G. m. b. H.

Blandleibhaus Grundmann
Breslau, Trebnitzer Str. 21
Beilehung v. Anzügen, Wäsche und Schmuckstücken

Monistische Gemeinde Breslau e.V.
Ortsgruppe des Volksbundes für Geistesfreiheit

Freitag, den 5. Dezember 1930, 19.30 Uhr:
Wichtige
Mitgliederversammlung
im Saal Grünstraße 14/16
Vortrag des Geschäftsführers unseres Bundes Karl Peter - Leipzig. Thema: Ist der Volksbund für Geistesfreiheit notwendig? Anschließend Aussprache. Es ist Pflicht aller Mitglieder zu erscheinen.
Der Vorstand.

Metallbettstellen, Matratzen Kinderbetten Auch gegen monatl. Raten ohne Aufschlag
Beier & Olowinsky
Breslau, Herrenstr. 31 u. Schwaldnitzer Str. 10/11